Blickpunkt VWL

Studentisches JOURNAL

Fachartikel aus ökonomischer Sicht

Eine Open-Source Zeitschrift zum Mitmachen!

ONLINE

http://www.blickpunkt-vwl.de

In dieser Ausgabe:

- Editorial
- Mindestlohn: Erlösung oder Bärendienst?
- Korruptionskriminalität im 21. Jahrhundert: Ein Kampf gegen einen Feind mit vielen Gesichtern
- Studentenengagement: Welche Möglichkeiten bietet die Universität Bayreuth über das Studium hinaus?
- GEZ-Gebühren: Gebührenentwicklung des öffentlichen Fernsehbeitrages
- Atlantropa: Deutschlands vergessene Vision oder ökonomische Zukunftsidee?

Nur in der Online-Ausgabe:

- The Role of Foreign Banks in Developing Countries: Do they help to increase efficiency in the banking sector?
- Service an der Uni Bayreuth: Kolloquium für Abschlussarbeiten
- Die Meinungsbildung in der Volkswirtschaftslehre: Ein Überblick
- oikos Bayreuth - Nachhaltigkeit wirtschaftlich erfassen – und umsetzen!

UNIVERSITÄT BAYREUTH

Mit freundlicher Untersützung

Sparkasse Bayreuth

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

unser studentisches Journal „Blickpunkt VWL“ erscheint bereits in seiner 3. Auflage. Obwohl es erst seit eineinhalb Jahren existiert, kann es bereits beträchtliche Erfolge verbuchen. Diese Erfolge verdanken wir in erste Linie der interessierten Leserschaft unseres Journals. Hierfür möchte ich mich im Namen des gesamten Teams rechtherzlich bedanken!

Der erste Erfolg des Journals bestand darin, dass es bundesweit in allen universitären Katalogen aufgenommen wurde. Damit repräsentiert „Blickpunkt VWL“ und alle daran Beteiligten die Universität Bayreuth im gesamten Bundesgebiet. Auch die Homepage unseres Journals, www.blickpunkt-vwl.de, erfreut sich großer Beliebtheit. Bis jetzt wurde sie über 22.000-mal aufgerufen. Dadurch konnten wir unsere Bekanntheit weit außerhalb des Campus steigern. Auch dieser Erfolg ist für uns sehr wichtig und erwähnenswert.

Auf dem Campus der Universität Bayreuth wurde das Journal bis jetzt in gedruckter Form (1.000 Exemplare) in ausgewählten Vorlesungen ausgeteilt und lag ebenfalls in der Zentralbibliothek, in der Teilbibliothek RW und vor dem Lehrstuhl Professor Dr. Leschke aus. Dies war nur und ausschließlich aufgrund der Hilfe unserer Sponsoren (des Uni Buchladens, der Stadtbibliothek und VHS Bayreuth, der „Laus“ und der Cafeteria Hohe Warte GmbH) möglich. Für ihre finanzielle Unterstützung und für ihr Vertrauen in das Journal danken wir ihnen in besonderer Weise.

Ein solches studentisches Projekt ist im wirtschaftswissenschaftlichen bzw. volkswirtschaftlichen Bereich bundesweit einzigartig. Wenn das Journal auch in Zukunft bestehen soll, so sind wir auf die Unterstützung der Studierenden der volkswirtschaftlichen Studiengängen (Economics, IWE, IWG, Lehramt) an der Universität Bayreuth angewiesen. Bitte meldet euch unter Eduard_Buzila@web.de, falls auch ihr einen Artikel in „Blickpunkt VWL“, veröffentlichen möchtet. Bei der Artikelauswahl habt ihr grundsätzlich völlige Freiheit. Ihr könnt auch gute bis sehr gute Seminar-, Bachelor- oder Masterarbeiten derart umeditieren bzw. kürzen, dass daraus ein schöner Artikel entsteht. Bitte unterstützt uns und macht mit!

Falls Leserinnen und Leser mit uns Kontakt aufnehmen, Kritik oder Lob aussprechen oder sonstige Anregungen mitteilen möchten, so kann dies unter info@blickpunkt-vwl.de erfolgen. Hierüber würden wir uns sehr freuen!

Ich hoffe, dass auch diese Ausgabe den „Wissenshunger“ aller Leserinnen und Leser stillen und neues, nährreiches „food for thoughts“ darstellen wird.

Beste Grüße im Namen des gesamten Teams Blickpunkt VWL,

Eduard Buzila

Mindestlohn: Erlösung oder Bärendienst?

Daniel Maiwald
Student im Masterstudiengang Economcis
[dmaiwald@gmx.net]

„Mit der Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von zunächst 8,50 Euro pro Stunde ab dem 1. Januar 2015 wird eine langjährige Forderung des DGB [Deutsche Gewerkschaftsbund] endlich umgesetzt. Damit verbessern sich die Lebenssituationen vieler Menschen und die Wettbewerbssituation von Unternehmen, die ihre Beschäftigten fair behandeln […].“[1] Soweit die Bewertung der im Vertrag über die große Koalition vereinbarten Mindestlohneinführung vonseiten des DGB. Die Einführung des seit Jahren in der öffentlichen Diskussion immer wieder auftauchenden Mindestlohns ist damit also beschlossene Sache, was bei einer überwältigenden Zustimmung seitens der Bevölkerung nicht verwunderlich sein dürfte. In der Tat ist es schwer dem normativen „Argument“, dass derjenige der arbeitet, davon auch leben können müsse, zu widersprechen. Nur: Ist der Mindestlohn überhaupt dazu geeignet?

Theoretischer Hintergrund:

Im Gegensatz zu den Gütermärkten, an denen Unternehmen ihre Ware anbieten und Konsumenten als Nachfrager auftreten, sind die Rollen auf dem Arbeitsmarkt genau umgekehrt: Menschen bieten ihre Arbeitskraft an, Unternehmen fragen diese nach:

Da mit steigendem Lohn die Ausübung einer Tätigkeit attraktiver wird, steigt auch das Arbeitskräfteangebot. Dagegen ist es bei niedrigem Lohn lukrativer, einer anderen Tätigkeit nachzugehen, weshalb in dieser Situation dann nur wenig Angebot herrscht. Die Arbeitskräftenachfrage verhält sich umgekehrt, d.h. sie steigt, wenn die Unternehmen nur einen niedrigen Lohn zahlen müssen. Dies z.B. weil es sich in Anbetracht der Produktivität (oder des erzielbaren Preises für das Endprodukt) erst unterhalb eines gewissen Lohnniveaus überhaupt „rechnet“ zu produzieren. Aufgrund des Wettbewerbs unter Anbietern und Nachfragern wird es zu einem Gleichgewichtslohn kommen, zu dem alle arbeitswilligen und -fähigen Anbieter in Anstellung sind.

Die Einführung eines Mindestlohnes wirkt analog der Einführung eines Mindestpreises auf den Gütermärkten: Das Angebot weitet sich aus (weil diese Tätigkeit jetzt höhere Einkommen verspricht), gleichzeitig sinkt die Nachfrage (weil sich die Besetzung der Stelle für den Arbeitgeber jetzt nicht mehr lohnt). Als Resultat entsteht ein Angebotsüberschuss, in diesem Falle also Arbeitslosigkeit[2].

Soviel zur Theorie - wie sieht es in der Praxis aus?

Insgesamt sechs Millionen Menschen (19 % der abhängig Beschäftigten) in Deutschland verdienen weniger als 8,50 €/Stunde, sie könnten also theoretisch von einer Mindestlohneinführung profitieren. Dabei ist diese Gruppe äußerst heterogen[3]: 16,4 % der Westdeutschen, aber 32,1 % der Ostdeutschen. Nur 12,6 % der Vollzeit-, aber ein Viertel der Teilzeitbeschäftigten und sogar fast zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten. Nur ca. jeder sechste Arbeitnehmer zwischen 25 und 65, aber fast jeder Zweite der unter 25-, bzw. über 65-Jährigen. Nur jeder zehnte Arbeitnehmer in Betrieben ab 200 Mitarbeitern, aber mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer von Kleinstunternehmen unter zehn Mitarbeitern. Nur jeder sechste Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe, aber deutlich mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer in Land- und Forstwirtschaft, sowie in Handel und Gastro-

nomie. Hinter niedrigen Löhnen stecken also (neben der häufig bemühten „Abzocke durch die Arbeitgeber", welche sicherlich hier und da stattfindet) vom regional unterschiedlichen Preisniveau (West/Ost), über Produktivitätsdifferenzen (Berufseinsteiger), bis zum Produkt selbst eine Reihe von Gründen, aufgrund derer die Umsätze schlicht keinen Spielraum für höhere Löhne lassen.

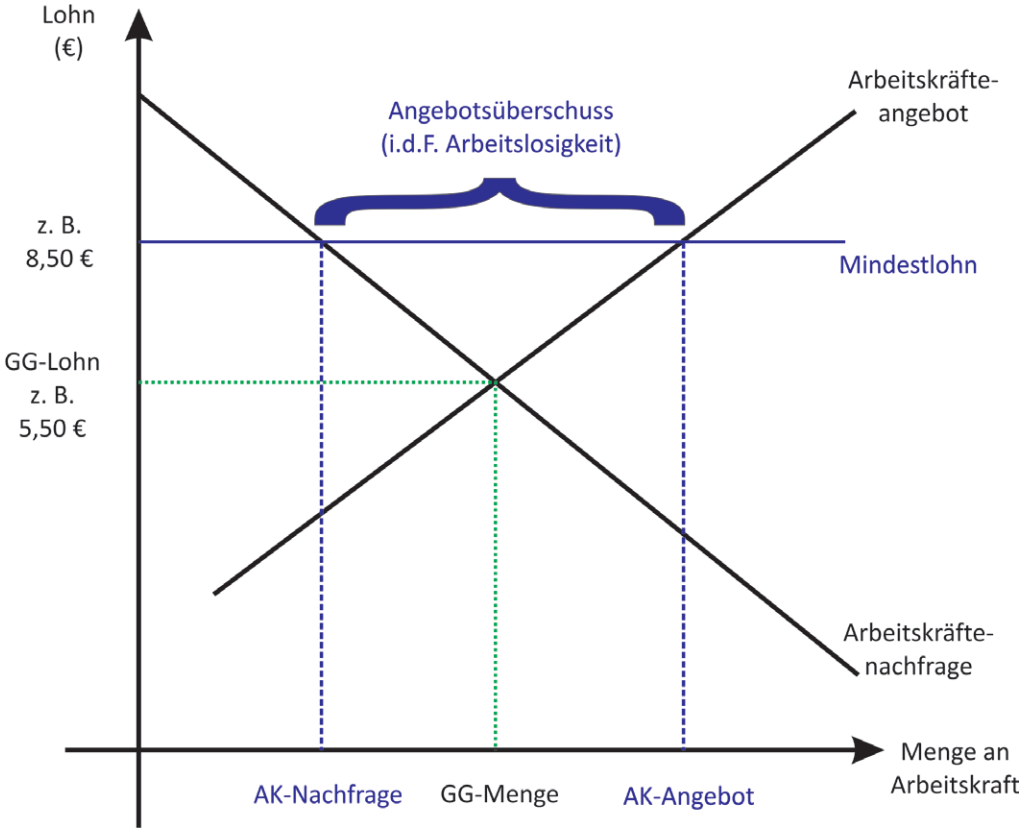


Abb. 1: Darstellung des Angebotsüberschusses am Marktmodell

Ein einfaches Rechenbeispiel soll dies verdeutlichen: Durch die Mindestlohneinführung würden die Löhne der Geringverdiener um durchschnittlich 37%[4] angehoben werden, d.h. von 6,20 € (100 %) auf 8,50 € (137 %) ansteigen. Bei 21 Arbeitstagen im Monat (2013, Wochenenden, Feiertage, etc. berücksichtigt)[5] und 8 Stunden je Tag (40 Std./Woche, 168 Std./Monat) verdiente ein bayerischer Geringverdiener 1.042 € brutto und (bei Steuerklasse I, keine Kinder, Kirchensteuer (katholisch), RV, KV) 816,48 € netto, wobei der Arbeitgeber ein Bruttoentgelt von insgesamt 1.285,57 € zu tragen hätte. Bei einer Lohnerhöhung auf 8,50 €/Stunde steigt das Bruttoentgelt des Arbeitgebers auf 1.761,80 €, das des Arbeitnehmers auf 1.428 € (jeweils +37 %). Das Nettoentgelt steigt auf 1.052,72 € (+29 %). Alternative Szenarien (Lohnsteuerklasse, Kinderfreibeträge) ändern den Nettoverdienst zur minimal, außer die Tätigkeit ist ein Hinzuverdienst zum Haushaltseinkommen, dann bleibt deutlich weniger übrig, z.B. bei Steuerklasse V 867 € netto statt 706,50 €, was einem Zuwachs von 22 % entspricht (die Bruttozahlen bleiben jeweils gleich)[6].

Natürlich ist klar, dass eine Lohnerhöhung im genannten Verhältnis für die Beschäftigten eine signifikante Zunahme an Kaufkraft bedeutet, aber eben aufseiten der Arbeitgeber auch zu einer erheblichen Mehrbelastung führen wird und dadurch Stellenabbau herausfordert: Mehrkosten von ca. 500 € im Monat je Arbeitnehmer sind für die tendenziell kleinen Unternehmen in Regionen mit niedrigem Preisniveau, für oft niedrig qualifizierte Arbeitnehmer in preissensiblen Branchen schlicht kaum tragbar. Dies belegt auch eine Großzahl von Studien: Von 86 Untersuchungen kommen rund zwei Drittel zu dem Ergebnis, „dass Mindestlöhne negative Beschäftigungseffekte entfalten. Andererseits liefern nicht einmal zehn Studien gegenteilige Resultate. [Diese] seien zudem von methodischen Problemen gekennzeichnet"[7].

Dazu Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln: „Empirische Analysen für Deutschland ergeben, dass sich

der Mindestlohn im ostdeutschen Bauhauptgewerbe und im gesamtdeutschen Dachdeckerhandwerk negativ auf die Beschäftigung ausgewirkt hat."8 Dabei muss hier sogar noch bedacht werden, dass Beschäftigte aufgrund dieser Branchenmindestlöhne wenigstens noch die Möglichkeit haben in anderen, mindestlohnfreien, Bereichen Fuß zu fassen. Bei einer allgemeinen Lohnuntergrenze, die immer und überall gilt, wird diese Chance verbaut. Zwar sind genaue Zahlen für Gesamtdeutschland strittig, die negativen Effekte werden aber im weiten Feld von einigen zehntausend bis hin zu über einer Million Stellen erwartet[4].

Gerne werden diese Bedenken damit negiert, die Politik könne nicht nur deshalb auf einen Mindestlohn verzichten, um sozial untragbare Geschäftsmodelle zu erhalten. Vielmehr muss aber bedacht werden, dass dadurch Menschen in Arbeitslosigkeit gezwungen werden, die ansonsten wenigstens die Wahl hätten, sich für oder gegen einen Arbeitsplatz in solch einem Unternehmen zu entscheiden.

Doch selbst wenn die Lohnerhöhungen zuerst nur wenige Arbeitsplätze vernichten sollten, drohen gefährliche Zweitrundeneffekte: Gewinneinbußen der Unternehmen verringern deren Spielraum für Investitionen oder der Kostendruck führt zu Preissteigerungen und dadurch zu einem Nachfragerückgang. Beides drückt die Produktion und erhöht somit die Arbeitslosigkeit. Dieser Effekt wird von Befürwortern gern mit dem Hinweis auf gestiegene Kaufkraft der Beschäftigten sogar ins Gegenteil verkehrt, um positive Zweitrundeneffekte zu prophezeien. Michael Hüther (IW) dazu: „...nichts ist offenkundig beharrlicher, als eine einmal zurecht gelegte Ideologie […]. Der Glaube, ein gesetzlicher Mindestlohn führt nur zu einer Umverteilung zugunsten der Beschäftigten ist unbegründet."[8]

Dabei ist sogar noch eine Verstärkung denkbar: Fast jeder zehnte Beschäftigte verdient zwischen 8,50 € und 10 €/Stunde, was oft nur deshalb akzeptiert wird, da es „ja noch schlimmer sein könnte". Verdient aber plötzlich jeder mindestens 8,50 €/Stunde, empfinden viele Fachkräfte im o.g. Bereich ihr eigenes Einkommen als ungerecht niedrig und werden mit diesem Argument auch höhere Löhne fordern. Dies würde eine Lohnspirale nach oben durch alle Schichten auslösen und die beschriebenen Zweitrundeneffekte noch deutlich verstärken[9].

Gerne wird auch argumentiert, dass Deutschland eines der wenigen EU-Länder sei, die noch keinen Mindestlohn haben. So gilt in 20 EU-Mitgliedsländern (darunter das marktliberale England) und sogar in den USA eine gesetzliche Lohnuntergrenze[10]. Dabei muss aber deren Höhe berücksichtigt werden: Zwar wären die angedachten 8,50 €/Stunde nur die sechsthöchste Lohnuntergrenze, hinter Irland (8,65 €), den Niederlanden (9,07 €), Belgien (9,10 €), Frankreich (9,43 €) und Luxemburg (11,10 €)[11]. Dennoch, gemessen am Durchschnittseinkommen wären dies 53%, was Deutschland auf den ersten Platz katapultieren würde, sogar noch vor Griechenland (50,1%) oder Frankreich (47,4 %)[12]. Beides Länder, die im Moment nicht gerade mit einer entspannten Arbeitsmarktsituation gesegnet sind. Dabei ist der Mindestlohn in Frankreich sogar noch teilweise „subventioniert" indem der Staat die Sozialbeiträge schultert, um die Unternehmen wenigstens etwas zu entlasten. Die Lohnuntergrenze in England beträgt 38,7 % des Durchschnittseinkommens, in den USA sogar nur 31,4 %. Würde in Deutschland ein ähnlicher Mindestlohn eingeführt, läge dieser bei gut fünf Euro. Somit ist klar, warum diese Untergrenzen keine nennenswerten negativen Auswirkungen haben können. Eine allgemeine Unbedenklichkeit des Mindestlohns daraus abzuleiten ist aber schlicht unverantwortlich.

Doch wie könnte man verhindern, dass Menschen „arm trotz Arbeit" sind, bzw. zusätzlich zur Arbeit ergänzende Unterstützung beantragen müssen? Dies ist das Hauptargument für den Mindestlohn: Zumindest auf den ersten Blick erscheint es logisch, dass mit steigendem Einkommen die Armut sinkt. Tatsächlich aber lebt nur ein Viertel derjenigen, die weniger als 8,50€/Stunde verdienen, auch im einkom-

mensschwächsten Fünftel der Haushalte[3]. Ein weiteres Viertel lebt sogar „am anderen Ende" der Skala, d.h. in den 40 % der Haushalte mit den höchsten Einkommen. Nur 14 % der Arbeitnehmer mit einem Stundenverdienst unter 8,50 € sind armutsgefährdet und damit anteilig genau so viele, wie beim Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Im Umkehrschluss sind 86 % derjenigen, die von einem Mindestlohn theoretisch profitieren könnten, überhaupt nicht arm. Dies liegt daran, dass diese Menschen oft in Haushalten zusammen mit Erwerbstätigen mit höherem Einkommen leben.

Auch bei den staatlichen Zuschüssen fällt bei genauerer Betrachtung auf, dass weniger die Lohnhöhe, als die geringe Arbeitszeit Hintergrund der Bedürftigkeit sind: So arbeiten über die Hälfte der „Hartz-IV-Aufstocker" weniger als 15 Stunden in der Woche. Laut Michael Hüther (IW) stocke hier nicht das Arbeitslosengeld II (ALG-II) den Lohn auf, sondern es sei umgekehrt der Fall, dass nämlich die Stütze mit ein bisschen Arbeit aufgebessert werde. Dies bliebe auch bei Lohnerhöhungen meist der Fall: Familien hätten so hohe ALG-II-Ansprüche, dass diese trotz Mindestlohn noch bestünden. Wirklich profitieren könnten also in erster Linie nur vollzeitbeschäftigte, alleinstehende Arbeitskräfte[8]. Dies sind aber nur ca. 80.000 Personen, welchen der Gang zum Jobcenter auch nur dann erspart bliebe, wenn ihr Arbeitsplatz nicht wegfällt[13]. In Anbetracht der Beschäftigungsrisiken sollte also eher auf Einzelfalllösungen (z.B. im Rahmen des Transfersystems, oder durch Schaffung von Arbeitsanreizen) gesetzt werden, statt auf das ineffiziente und riskante „Gießkannenprinzip". Denn in der Tat ist die Armutsgefährdung von Arbeitslosen fast viermal so hoch wie die von Geringverdienern[3].

Auch Anreize zur Aus- und Weiterbildung (um die Produktivität und damit das Einkommen zu erhöhen) böten sich an, gerade hier wirkt der Mindestlohn aber gefährlich gegenteilig: Durch die „Stauchung" des Lohngefüges wird die Bildungsrendite teilweise ausgehebelt. Schließlich verdienen plötzlich auch Niedrigqualifizierte relativ gut, was die Anreize / Notwendigkeit sich zu bilden hemmt. Im Extremfall könnten junge Menschen sogar verleitet werden, gleich eine ungelernte Tätigkeit auszuüben, statt zuerst eine (verhältnismäßig schlecht bezahlte) Ausbildung zu durchlaufen[14]. Ein kurzfristiger Impuls, der langfristig fatale Wirkung entfalten wird: So ist die Arbeitslosenquote unter Ungelernten in Westdeutschland bei fast 20 %, im Osten sogar bei 50 % (und damit dreimal so hoch wie unter Arbeitnehmern mit abgeschlossener Berufsausbildung, bzw. fast zehnmal so hoch wie unter Akademikern)[15].

Mindestlohn „sparsam dosieren"

Es ist also zu erwarten, dass ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 € eine Reihe negativer Auswirkungen nach sich ziehen wird, wobei die unmittelbare Bedrohung der Arbeitsplatzsicherheit nur als die „Spitze des Eisbergs" angesehen werden kann. Dabei ist dieser wesentliche Eingriff in die soziale Marktwirtschaft, nämlich in das Recht von Arbeitnehmern und -gebern die Entlohnung und andere Arbeitsbedingungen ohne staatlichen Eingriff selbst zu regeln, im Falle von Marktversagen (z.B. beim Ausnutzen von Zwangslagen, Marktmacht, etc.) evtl. durchaus gerechtfertigt[16].

Das vereinbarte Gießkannenprinzip wird der Heterogenität auf dem Arbeitsmarkt aber nicht gerecht. Sinnvoller wären z.B. branchenspezifische Untergrenzen, wie sie im Friseurhandwerk vereinbart wurden. So werden einerseits die Tarifparteien in ihrer Handlungspflicht gehalten und es könnten gleichzeitig Besonderheiten Berücksichtigung finden[17], was enorm wichtig erscheint: Niedrigere Löhne im Osten zum Beispiel sind nämlich nicht etwa Ausdruck bösen Willens, sondern (neben dem Preisniveau) Resultat der immer noch niedrigeren Produktivität. Dies erklärt auch die Löhne junger Arbeitnehmer unter 25 Jahren, weshalb hier wie da ein Drittel bzw. sogar 50 % der Jobs von einem Mindestlohn profitieren würden (aber eben auch gefährdet wären). Ein höherer Lohn würde in beiden Gruppen die Arbeit wohl unrentabler und Entlassungen wahrscheinlicher machen. Um zu verhindern,

dass diese Jobs verdrängt werden, wäre es sinnvoll, hier den Mindestlohn auf das ortsübliche Niveau der Schwarzarbeit zu setzen. In solch einer vernünftigen Höhe könnte ein Mindestlohn laut Joachim Möller vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung Nürnberg sogar dazu führen, „dass durch die bessere Bezahlung bestimmte helfende Tätigkeiten im unteren Lohn-Bereich besser besetzt werden könnten18". Außerdem sind Ausnahmen für Jugendliche und Ungelernte nötig, um Anreize für eine Ausbildung zu schaffen, bzw. um wenigstens die Chance zu erhalten, dass auch Menschen mit niedriger Leistungsfähigkeit wieder im Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Dennoch werden all diese Fakten von Seiten der Mindestlohnbefürworter beiseite geschoben und nicht nur Ausnahmen wie die oben genannten abgelehnt, sondern sogar gleich eine weitere Anhebung des Lohns schon im Jahr 2016 (also ein Jahr nach Einführung) gefordert[1].

Zusammenfassend lässt sich folgendes sagen: Der Mindestlohn ist ein Instrument, welches ungeeignet scheint, „Armut trotz Arbeit" zu verhindern, sondern wohl vielmehr genau der Gruppe, die es eigentlich schützen soll, die Chancen verbaut und gleichzeitig noch jede Menge weiterer Gefahren in sich birgt. „Wer arbeitet, soll davon auch leben können" - dies ist (nach persönlicher Meinung des Verfassers) uneingeschränkt zu unterstreichen, aber der Mindestlohn ist zur Zielerreichung ungeeignet. Warum ist er dennoch so beliebt? Vielleicht weil man die auf Informationsdefiziten gründende Zustimmung der Wählerschaft mit populistischen Sätzen gezielt zum Machterhalt auf sich ziehen kann? Verantwortungsbewusstes politisches Handeln sähe anders aus: Es sollte den Mut haben weiter zu gehen und die Bürger davon überzeugen, dass es selten einfache, offensichtliche Lösungen gibt. Leider führt das Denken in Legislaturperioden nicht dazu, sich über langfristig Sinnvolles einige Gedanken zu machen. „Sozial ist, was Arbeit schafft" lautete einst ein Wahlkampfslogan. Wie unsozial ist der Mindestlohn vor diesem Hintergrund?

Fußnoten

1 DGB (2004) Mindestlohn für alle, jetzt. Würde kennt keine Ausnahmen: Kein Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde. Eine Argumentationshilfe zur wirksamen Durchsetzung des Mindestlohns ohne Ausnahmen, Berlin.

2 Mankiw, G. N., Tylor M. P. (2008) Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 4. Auflage, Stuttgart, Schaefer-Poeschel, S.692-694.

3 Heumer, M., Hagen, L., Schröder, C. (2013) Mindestlohn, Einkommensverteilung und Armutsrisiko, erschienen in: <IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung>, herausgegeben von <Institut der deutschen Wirtschaft (IW)>, Köln, 01/2013.

4 Lesch, H., Opitz, L. (2013) Gewerkschaftsspiegel, herausgegeben von <Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, 04/2013.

5 http://www.schnelle-online.info/Arbeitstage/Anzahl-Arbeitstage-2013.html abgerufen am 17.03.2014.

6 http://rechner24.info/lohnsteuer/rechner/2, Berechnungen am 17.03.2014.

7 Raddatz, G., Wolf, S. (2007) Irrglaube Mindestlöhne – Trügerische Hoffnung, zerstörte Beschäftigungschancen, erschienen in: <Argumente zu Marktwirtschaft und Politik>, herausgegeben von <Stiftung Marktwirtschaft>, Berlin, 03/2007, Nr. 99.

8 Neuerer, D. (2013) Ökonomen geißeln schwarz-rote Mindestlohn-Pläne, erschienen in <Handelsblatt>, 19.10.2013.

9 Ewers, M., Hammermann, A. (2013) Quid pro quo. Die Rolle des Gerechtigkeitsempfindens bei politischen Interventionen, erschienen in <IW policy paper> herausgegeben von <Institut der deutschen Wirtschaft (IW)>, Köln, 20/2013.

10 http://www.mindestlohn.de/hintergrund/mindestloehne-in-europa/ abgerufen am 23.04.2014.

11 http://de.statista.com/statistik/daten/studie/37401/umfrage/gesetzliche-mindestloehne-in-der-eu.

12 Schuster, T. (2013) Mindestlohn – Beschäftigungsrisiken höher als behauptet, erschienen in <IW policy paper>, herausgegeben von <Institut der deutschen Wirtschaft (IW)>, Köln, 19/2013.

13 http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iw-nachrichten/beitrag/mindestlohn-debatte-die-meisten-bleibenaufstocker-117856, abgerufen am 20.12.2013.

14 Vitzthum, T. S. (2014) Union will Mindestlohn nur an Ausgebildete zahlen, erschienen in <Die Welt>, 04.04.2014.

15 Rheinberg, A., Hummel, M. (2002) Qualifikation bestimmt Position auf dem Arbeitsmarkt, erschienen in <IAB Kurzbericht>, herausgegeben von <Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung>, Nürnberg, 25.07.2002, Nr. 15.

16 INSM (2014) Positionspapier Mindestlohn, herausgegeben von <Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft>, Berlin, 02/2013.

17 http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iw-nachrichten/beitrag/lohnuntergrenzen-es-geht-auch-ohnegesetzlichen-mindestlohn-110901, abgerufen am 20.12.2013.

18 http://www.iwkoeln.de/de/presse/interviews/beitrag/joachim-moeller-und-christoph-schroeder-auf-wdr-deweniger-arbeitsplaetze-durch-mindestlohn-132508, abgerufen am 20.12.2013.

Korruptionskriminalität im 21. Jahrhundert

Der Kampf gegen einen Feind mit vielen Gesichtern

Stefan Karnitzschky
Student im Masterstudiengang Economics
[Stefan.D.Karnitzschky@stmail.uni-bayreuth.de]

Wie man den Karren schmiert, so läuft er.

Ende März 2014 wurden die Nebenverdienste der Parlamentarier des Deutschen Bundestages veröffentlicht[1]. Unter dem Begriffsfeld „Biografien" kann man in alphabetischer Reihenfolge die gelisteten Abgeordneten durchgehen und deren veröffentlichungspflichtige Angaben anschauen. Hier finden sich die entgeltlichen Tätigkeiten, neben dem politischen Mandat und dafür bezahlten Diäten, aufgeteilt in Staffelungen von eins bis zehn. Die letzte Stufe bezieht sich auf Einkünfte über eine viertel Million Euro. Am Seitenende wird dann auf die „Hinweise zur Veröffentlichung von Angaben nach den Verhaltensregeln" aufmerksam gemacht[2]. Nicht nur seit diesen jüngsten Bekanntgaben befürchtet LobbyControl[3], eine von vielen tätigen Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Bereich Korruption, dass Politiker immer öfter Gefahr laufen, dem Druck von zu hohem Lobbyismus und der gewählten Mandatstätigkeit nicht standhalten zu können. Bestärkt werden solche Vermutungen am Beispiel der 246. Sitzung des Deutschen Bundestages in Berlin, 17. Wahlperiode, 13. Juni 2013 um kurz vor halb eins früh am Morgen. Der Tagesordnungspunkt 39: „Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes", Verzeichnisvermerk 31517 D[4], dauerte in der Abstimmung und Gesetzesannahme weniger als eine halbe Minute und schränkt das 2005 beschlossene Informationsfreiheitsgesetz (IFG) gewissermaßen ein. Ohne Kritik oder Einspruch seitens der noch spät anwesenden Abgeordneten sind Behördenakten des Bundesrechnungshofes in Bonn nun für nachfragende Bürgerinnen und Bürger nicht mehr einsehbar. So rügt der Rechnungshof beispielsweise Fraktionen, wenn diese Gelder ihrer Parteienfinanzierung nicht ordnungsgemäß an- und ausgeben, verschwenden oder die gesetzliche Obergrenze überschreiten[5]. Die Verantwortlichen befürchteten ein Organisations- und Bürokratiechaos, wenn jederzeit auf Wunsch solche Berichte in Schriftform ausgestellt werden sollen und Einsicht verlangt wird, gleichwohl da die dafür zuständigen Beamten mittels Steuergelder der nachforschenden Staatsbürger bezahlt werden.

Besonders medienwirksam sind die Meldungen zum geplanten „größten Infrastrukturprojekt Deutschlands"[6] im Osten der Bundesrepublik, dem „Willy Brandt" Flughafen Berlin-Brandenburg. In der letzten Blickpunkt-VWL Ausgabe gab es dazu bereits einen sehr lesenswerten Artikel über die Kostenzunahme, verschobene Eröffnungstermine, Verantwortlichkeitsfragen und Transparenzdefizite. Die Entwicklung der Kostenschätzung von 2004 bis 2013 hat anscheinend, wie beim Fliegen üblich, nur den Himmel als Limit. Von beginnenden 1,7 Milliarden Euro ging es in neun Jahren auf geschätzte 5,1 Milliarden Euro[7]. Diverse Nachrichtenmagazine sprechen gemäß unbestätigten Berichten zufolge schon von fast sechs Milliarden Euro[8]. Im weltweiten Vergleich zu anderen großen Flughäfen sind die Gesamtkosten für Deutschland aber noch gering, betrachtet man Projekte in Katar mit 8,8 Milliarden Euro oder in China mit 15,9 Milliarden Euro[9].

Unterteilt werden kann Korruption in zwei Arten, die Belastungs- und Entlastungskorruption[10]. Im ersten Fall hat der Akteur eine

Machtposition inne, die er missbraucht, um eine Sonderleistung zu erwirken. Im zweiten Fall hat der korrupte Akteur eine Delegationsposition inne, die er missbraucht, indem er sich mit einem Partner verabredet, um den Auftraggeber zu hintergehen. Zu den Grundtypen der Korruption in öffentlichen und privaten Unternehmen zählen folgende Musterbeispiele, von denen nur auf einige eingegangen wird[11]:

- Gewinnmaximierungskorruption: Durchsetzung höherer Erträge oder Gewinne innerhalb einer gegebenen Verhandlungsbeziehung. Umso leichter, je geringer der Wettbewerb auf dem jeweiligen Markt ist.

- Grenzkorruption: Ausschaltung von staatlichen Überwachungsaufgaben und -möglichkeiten im grenzüberschreitenden Verkehr. Oft organisierte Kriminalität mit dem Ziel, einem Staat finanziell zu schaden.

- Strukturelle Korruption: Austausch von Vorteilen aufgrund spontaner Willensentschlüsse. Überwiegend in alltäglichen Geschäften vorzufinden, benötigt keine gezielte Vorbereitung und dauert nur kurz an.

Andere Beispiele sind: interne Korruption, Aufenthaltskorruption, Legalisierungskorruption, Verdrängungskorruption, Leistungskorruption oder Genehmigungskorruption.

Genauso umfangreich, aber weniger erklärbar ist die Frage nach der Ursache für korruptes Verhalten. Klar ist, dass man Gelegenheit und Motivation braucht[12]. Geht man tiefer, gibt es viele Gründe, die einen Anreiz ausmachen: negatives Vorbildverhalten, mangelnde Aufsichtsorgane, finanzielle Probleme, fehlende Loyalität oder Sanktionssysteme, keine Transparenz oder Informationsdefizite.

Kein Gold besticht ein empörtes Gewissen.

Empörung gibt es beim Verdacht auf Bestechung und Korruption immer, egal ob die Verursacher oder Entrüsteten aus Politik und Wirtschaft kommen. Oft wird beispielsweise Vertretern der öffentlichen Hand vorgeworfen, Steuergelder zu vergeuden und dann die Frage nach der Verantwortung nicht oder nur ungenügend zu klären, da es sich nicht um selbst erwirtschaftetes, erarbeitetes Geld handelt, sondern um Geld der Steuerzahler. Seit 2003 hat das Bundeskriminalamt in Wiesbaden (BKA) jährlich einen Bericht zum Bundeslagebild über Korruption in Deutschland entworfen. Demnach haben sich die Korruptionsverfahren in den letzten Jahren deutlich rückläufig entwickelt, von 1904 im Jahr 2009 auf 1373 Straftaten im Jahr 2012. Man spricht vom „zahlenmäßig niedrigsten Stand an Ermittlungsverfahren", der in den vergangenen fünf Jahren registriert wurde[13]. Die Ermittlungsbeamten fassen ihre Ergebnisse und Erkenntnisse folgendermaßen zusammen:

„Man kennt sich, man hilft sich!" Quelle: Privat

- Korrupte Verbindungen sind längerfristig angelegt. Mehr als 80 % sind Verfahren der strukturellen Korruption. Eine kriminelle Beziehung zwischen Geber und Nehmer dauert mindestens drei Jahre.

- In über 60 % der Verfahren gibt es Geber in Leitungsfunktion. Absicht der Nehmerseite: „Geld- und Sachzuwendungen", Ziel der Geberseite: „Erlangung von Aufträgen".
- Korruption verursacht Schäden. 2012 rund 354 Millionen Euro. Die Schadenssumme betrifft nur die polizeilich bekannt gewordenen Fälle. Der tatsächliche Schaden muss viel höher angesetzt werden.
- Bekämpfung der Korruptionskriminalität erfolgt mittels qualifizierter Hinweise. Zwei Drittel der Verfahren wurden auf externe Andeutungen hin eingeleitet. Compliance-Strukturen in Firmen sind hilfreich. Ein weiterer Ausbau dieser Strukturen wird empfohlen.

Ein Image- und Vertrauensverlust rund um den „Willy Brandt" Flughafen drohte nach diversen Ärgernissen, gerichtlichen Klagen und finanziellen Unstimmigkeiten permanent zu bleiben. Daher wurde 2005 von den Flughafenbetreibern und der NGO „Transparency International Deutschland e. V." ein Integrationspakt entworfen[14]. Transparency International hat sich den Kampf gegen weltweite Korruption zur Lebensaufgabe gemacht und berät, begleitet und kritisiert Betriebe bei Auftragsvergaben oder -annahmen, damit alles gesetzlich und moralisch richtig ablaufen kann. Schon vor 2001 wurde ein Dokument namens „Wahlprüfsteine für Berlin" veröffentlicht, worin kritisch über Korruptionsbekämpfung, Pflichten der Politik oder Transparenzkriterien berichtet und eine Stellungnahme verlangt wurde[15]. 2010 war sich der damalige Ethikbeauftragte Dr. Michael Wiehen[16] sicher, dass im Juni 2012 der Flughafen ohne Verzögerungen eröffnet werde. Die Realität sieht aber anders aus, wenn doch der Integrationspakt dahingehend Wirkung zeigte, dass vor dem ehemaligen Starttermin 2012 keine Negativschlagzahlen wegen Ungereimtheiten oder Korruptionsverdacht[17] in den Medien waren. Vor allem in Berlin wurde sehr viel und sehr energisch von örtlichen Presse- und Nachrichtenstellen dazu recherchiert. Der Pakt ist ein schriftlich anzuerkennender Vertrag, der zwischen Auftraggebern und Bietern geschlossen wird. Bestimmte Regeln sollen von beiden Parteien verbindlich befolgt werden, wie die „Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften, die Grundsätze der sparsamen Verwendung von Ressourcen sowie der Grundsätze der Fairness und Transparenz in den Beziehungen zu seinen Auftragnehmern"[18]. Zehn Vorgaben definieren auf mehreren Seiten die künftige Zusammenarbeit sehr detailliert und sollen so wettbewerbsschädigende Absprachen unterbinden. Beispielhaft sei der Auszug der ersten zwei Paragrafen:

§ 1 - Verpflichtungen des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen (…).

1. Kein Mitarbeiter des Auftraggebers wird (…) eine Leistung materieller oder immaterieller Art, (…), für sich oder einen Dritten fordern, sich versprechen lassen oder annehmen.

§ 2 - Verpflichtungen des Bieters/Auftragnehmers

(1) Der Bieter/Auftragnehmer verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen.

1. (…) keine Leistung materieller oder immaterieller Art, (…), anbieten, versprechen oder gewähren, (…).

Wird der Vertrag gebrochen, hat die geschädigte Partei Anspruch auf Schadensersatz. Ein Fachmann für Rechtsfragen und Ingenieurwesen wird dann dafür explizit zu Rate gezogen, obgleich dieser von Beginn an alle getätigten Vergaben kontrollieren und durchsehen musste. Diese Person übernimmt die Tätigkeiten eines sogenannten Monitors. Weiterhin darf der Auftraggeber keinen Bewerber bevorzugen, sondern muss jeden gleichbehandeln und Antworten auf gestellte Fragen an alle gemeldeten Interessenten kommunizieren. Der oder die Bieter dürfen sich untereinander nicht absprechen oder gegenseitig manipulieren. Der Integritätspakt wird also vor der konkreten Auftragsvergabe unterzeichnet, damit die Ausschreibung ordnungsgemäß verläuft. Einsehbare Berichte des angeführten Moni-

tors liegen zum Großflughafen Berlin-Brandenburg für Mitte 2008[19] und Anfang 2013[20] vor. Hier wird auf die allgemeine Lage, die Arbeiten, die Vorgeschichte oder die getroffenen Vertragspunkte eingegangen. Natürlich mussten einzelne Bestandteile oder getroffene Aussagen über die Jahre aktualisiert werden. 2008 sprach man von „keinen Ermittlungen oder Anklagen", 2013 wurde daraus „keine ernsthaften Ermittlungen". Es verpflichtete sich der Auftragnehmer, keine „strafbare" Handlung zu begehen, fünf Jahre später wurde daraus „Handlungen aus dem Korruptionsbereich". Erst 2013 findet sich ein Abschnitt, dass der Beobachter „seine Tätigkeit unabhängig und neutral" ausübt.

Das grundlegende Problem bezüglich Vertrauen, Skrupel und Handlungszielen zwischen einem Auftraggeber und Auftragnehmer wird institutionenökonomisch in der Prizipal-Agent Theorie untersucht. Hier geht es zuerst um den Vertrag und die formale Darstellung der optimalen Vertragsgestaltung[21], dann um die Informationsschieflage. Ein Prinzipal (Chef, Auftraggeber) überträgt einem Agenten (Arbeiter, Auftragnehmer) bestimmte Aufgaben, damit diese im Sinne und Interesse des Prinzipals erfüllt werden. Beide versprechen sich bestimmte Nutzenvorteile, ohne diese gäbe es auch keine Beziehung. Der Prinzipal bedient sich des spezifischen Informationsvorsprungs des Agenten, damit die Aufgabe erledigt werden kann. Der Agent will für seine Leistungen entlohnt werden und sieht in der Auftragsbeziehung eine Chance zur Verwirklichung seiner Ziele[22]. So können Entscheidungen getroffen werden, die vom Prinzipal dementsprechend kompensiert werden. Art, Umfang oder ein Zeitplan zur Erfüllung sollten schriftlich festgehalten werden. Das oben genannte Problem ist die Informationsasymmetrie zwischen beiden Akteuren. Je weniger der Prinzipal über die wahren Handlungsmotive des Agenten weiß, desto weniger ist ihm dessen echtes Leistungsverhalten bekannt. So besteht das Risiko, dass ein Agent die Ziele des Chefs mehr oder eben weniger verfolgt, weil seine Ziele eine höhere Priorität für ihn einnehmen, zum Nachteil oder nur eingeschränkten Vorteil des Auftraggebers. Der Prinzipal hingegen könnte auf Basis unvollständiger Verträge versuchen, den Agenten auszubeuten und eine Entlohnung hinauszuzögern oder zu verhindern. Bei Korruptionshandlungen besteht jedoch für beide Akteure das Risiko, dass einer von beiden das fehlerhafte Verhalten einer internen Stelle für Korruptionsvermeidung oder einer externen Strafverfolgungsbehörde meldet.

Uneinigkeit herrscht bei wissenschaftlichen Theorien und ökonomischen Ansätzen über Nutzen und Schaden von Korruption[23]. Es gibt die Haltung, dass Korruption auch Innovation schaffen kann. Unter bestimmten Voraussetzungen wird von einer positiven Wirkung ausgegangen, wodurch hemmende Regulierungen überwunden werden. Auf der anderen Seite wird begründet, warum Innovation durch Korruption gehemmt wird. Oft sieht man hier den Verkauf von Staatseigentum durch Staatsdiener zu deren persönlichem Vorteil, was zu allokativ negativen Effekten führt.

Der durch Korruption verursachte Schaden ist, wie das BKA schon feststellte, gar nicht oder bestenfalls sehr schwer messbar. Transparency International veröffentlicht einmal im Jahr den Corruption Perceptions Index (CPI) und listet teilnehmende Länder nach dem Grad auf, in dem dort Korruption wahrgenommen wird[24]. Es sind voneinander unabhängige Methoden über unterschiedliche Personengruppen und Testmethoden. 2012 wurden 176 Länder abgebildet[25], Dänemark auf Platz 1, Deutschland auf Platz 13 vor Hongkong, die Ukraine auf Platz 144 hinter Syrien und als Schlusslichter Somalia, Nordkorea und Afghanistan. 2013 wurden 177 Länder betrachtet[26], Dänemark unverändert an der Spitze, Deutschland auf Platz 12 punktegleich mit Island, die Ukraine unverbessert auf Platz 144 und erneut dieselben Nachzügler ganz weit abgeschlagen und dreimal auf Rang 175 wie im Jahr zuvor.

Die Prävention von Korruption ist „nicht einfach"[27]. Zu diesem Thema forschende Experten

empfehlen eine klare Politik und Kommunikation in Unternehmen und der Gesellschaft. Es müssten gezielt Anreize zur Unterlassung einer Straftat gesetzt oder mit zu hohen, negativen Konsequenzen verbunden werden. Ein Fehlen solcher Regelungen oder Gesetze muss ausgebessert werden, damit nicht behauptet werden kann, man habe von einer vorliegenden Straftat oder deren Verbot nichts gewusst. Firmen versuchen heutzutage über Compliance-Beauftragte zu kontrollieren und zu gewährleisten, dass sich Mitarbeiter verbindlich an firmeneigene und ethische Grundsätze halten. Länder oder Regierungen bemühen sich über das „Good Governance" Konzept ein moralisches Handeln und Denken zu etablieren, damit Staatsdiener „ihr Amt nutzen, um den Bürgern zu dienen, statt sich selbst oder spezielle >pressure groups< zu bereichern"[28].

Das Prinzip von „Good Governance" kann leicht mit dem ähnlich klingenden „Corporate Governance" verwechselt werden. Im Wörterbuch für europäische Arbeitsbeziehungen findet man zu „C. G." folgende Erklärung: „Corporate governance refers to a company's mechanisms and control structures that may influence senior management decision-making. However, in the context of decision-making in the area of employment and industrial relations, the debate also reflects a concern with the representation of employees' interests (…)."[29] Es geht um zu treffende Entscheidungen und die Interessenvertretung von Angestellten sowie Aktionären in Betrieben oder Aktiengesellschaften. Firmen wie VW, Audi, MAN oder Scania geben regelmäßig einen „Corporate Governance Report" heraus und beratschlagen, was verbessert oder neu umgesetzt werden kann.

Wenn es heißt, ein Mensch sei unbestechlich, frage ich mich unwillkürlich, ob man ihm genug geboten hat.

Zurück zu den hauptberuflich aktiven Bundestagsabgeordneten. Ein möglicher Schritt in die richtige Richtung kann die neue Empfehlung zu einem einheitlichen Transparenz- und Verhaltenkodex sein[30], wobei bereits im Jahr 1972 gültige Direktiven zu Tätigkeiten und Einkünften neben dem staatsdienenden Mandat beschlossen wurden[31]. Es ist nun vorgeschlagen worden, dass alle 631 deutschen Abgeordneten[32] diesen Kodex unterschreiben, anerkennen und durchsetzen, wodurch Nebenverdienste genau und lückenlos nachvollziehbar werden sollen. Solche Umsetzungen können aber einige Jahre dauern, wie man anhand der UN-Konvention gegen Korruption sehen kann. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag zwar 2003 unterschrieben, aber mit Stand des 29. November 2013 war immer noch keine gesetzliche Ratifizierung erfolgt[33], genau wie in Japan, dem Sudan oder in Syrien. Bei so viel internationaler Aufmerksamkeit ist es im Kampf gegen Bestechung, Unterschlagung und Verfall nicht zeitgemäß, in einem Atemzug mit Verweigerungsländern (keine Unterschrift und umgesetzte Sanktion) wie Nordkorea, Somalia oder dem Südsudan genannt zu werden. Die erfolgreiche Einhaltung des Zeitplans der „Regelung der Abgeordnetenbestechung" im Paragraf 108(e) des Deutschen Strafgesetzbuches zum 1. September 2014[34] sollte dieses Manko endgültig ausbügeln.

Korruption und korruptes Handeln scheint zum Menschen und seinen Schwächen dazuzugehören. Man muss sich entscheiden, den leichten oder den richtigen Weg einzuschlagen, sobald man damit konfrontiert wird. Viele erliegen der Versuchung und müssen dann mit den rechtlichen Konsequenzen leben oder der Angst, entdeckt zu werden.

Fußnoten

1 Vgl. Deutscher Bundestag (2014): Biografien, http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/index.html, aufgerufen am 24.02.2014.

2 Vgl. Deutscher Bundestag (2013): Verhaltensregeln, http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/nebentaetigkeit/Hinweise_zur_Veroeffentlichung.pdf, aufgerufen am 24.02.2014.

3 Vgl. LobbyControl (2014): Bundestag: Nebeneinkünfte veröffentlicht, https://www.lobbycontrol.de/2014/03/bundestag-nebeneinkuenfte-veroeffentlicht-hoehere-einkommen-sichtbar/, aufgerufen am 29.03.2014

4 Deutscher Bundestag (2013): Stenografischer Bericht, http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17246.pdf, aufgerufen am 25.03.2014.

5 Vgl. Deutscher Bundestag (2014): Obergrenzen, http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/die_staatliche_parteienfinanzierung/04_obergrenzen.html, aufgerufen am 12.03.2014.

6 RBB-online (2014): BER wird 440 Mio. teurer, http://www.rbb-online.de/politik/thema/Flughafen-BER/BER-Aktuelles/akteure_aktuell/BER-Kosten-teurer.html, aufgerufen am 10.03.2014.

7 Vgl. Statista (2013): Entwicklung der Kostenschätzung, http://de.statista.com/statistik/daten/studie/245914/umfrage/kosten-des-flughafens-berlin-brandenburg/, aufgerufen am 26.03.2014.

8 Vgl. FAZ Politik (2013): Flughafen in Berlin, http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/flughafen-in-berlin-bericht-kosten-fuer-ber-auf-5-7-milliarden-euro-gestiegen-12643922.html, aufgerufen am 05.01.2014.

9 Vgl. Statista (2014): Baukosten von ausgewählten Flughäfen, http://de.statista.com/statistik/daten/studie/233572/umfrage/baukosten-von-flughaefen/, aufgerufen am 24.03.2014.

10 Vgl. Pies (2008, S. 177).

11 Vgl. Stierle (2006, S. 53-77).

12 Vgl. Rabl (2008, S. 33).

13 Vgl. Bundeskriminalamt Wiesbaden (2012): Korruption, Bundeslagebild, http://www.bka.de/nn_193376/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Korruption/korruption__node.html?__nnn=true, aufgerufen am 04.01.2014.

14 Vgl. Transparency International (2009): Erfolgreicher Integritätspakt, http://www.transparency.de/Erfolgreicher-Integritaetspakt.1387.0.html, aufgerufen am 20.03.2014.

15 Vgl. Transparency International (2001): Stellungnahme, http://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/30.70.02Wahlpruefsteine_Berlin.pdf, aufgerufen am 20.03.2014.

16 Vgl. Transparency International (2013): Ethikbeauftragter, http://www.transparency.de/Im-Gespraech-Der-neue-Ethikbe.2419.0.html, aufgerufen am 20.03.2014.

17 Vgl. Berliner Morgenpost (2012): Keine Korruption, http://www.morgenpost.de/flughafen-berlin-brandenburg/article1919533/Der-Flughafen-BER-ist-eine-saubere-Baustelle.html, aufgerufen am 05.03.2014.

18 Transparency International (2014): Integritätsvertrag, http://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Themen/Verwaltung/05-02-11_Integrit_tsvertragFBS_fin.pdf, aufgerufen am 06.02.2014.

19 Transparency International (2008): Bericht, http://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Themen/Monitoring-Bericht_08-07-21.pdf, aufgerufen am 06.02.2014.

20 Transparency International (2013): Bericht, http://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Themen/Verwaltung/Integritaetspakt/BBI_Transparency_Integritaetspakt_13-02-02.pdf, aufgerufen am 06.02.2014.

21 Vgl. Niehus (2007, S. 66-71).

22 Gehalt, Prämien, Aktiendividenden, Karriere, Macht, Prestige.

23 Vgl. Viebranz (2010, S. 45-48).

24 Platz eins besser als Platz zwei, besser als … usw.

25 Vgl. Transparency International (2012): CPI, http://www.transparency.org/cpi2012/results, aufgerufen am 03.03.2014.

26 Vgl. Transparency International (2013): CPI, http://www.transparency.org/cpi2013/results, aufgerufen am 03.03.2014.

27 Vgl. Kopetzky und Wells (2012, S. 291).

28 Vgl. Leschke (2009, S. 138-139).

29 Eurofond (2014): Corporate Governance, http://www.eurofound.europa.eu/areas/industrialrelations/dictionary/definitions/corporategovernance.htm, aufgerufen am 02.02.2014.

30 Vgl. Zeit (2013): Verhaltenskodex für Abgeordnete, http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-03/MdB-verhaltenskodex.pdf, aufgerufen am 03.03.2014.

31 Vgl. Deutscher Bundestag (2014): Tätigkeiten und Einkünfte, http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/nebentaetigkeit/index.html, aufgerufen am 02.03.2014.

32 Vgl. Deutscher Bundestag (2013): Abgeordnete in Zahlen, http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/mdb_zahlen/frauen_maenner.html, aufgerufen am 10.03.2014.

33 Vgl. United Nations (2013): United Nations Convention against Corruption, https://www.unodc.org/unodc/en/treaties/CAC/signatories.html, aufgerufen am 10.03.2014.

34 Vgl. Transparency International (2014): Bestechung von Mandatsträgern, http://www.transparency.de/Bestechung-von-Mandatstraegern.734.0.html, aufgerufen am 16.03.2014.

GEZ-Gebühren

Gebührenentwicklung des öffentlichen Fernsehbeitrages

Michaela Netter [Michaela.Netter@stmail.uni-bayreuth.de],
Dennis Schwind [dennis.schwind@uni-bayreuth.de]
Lehramtsstudierende Wirtschaft und Recht

Mehreinnahmen, die bis an die Milliardengrenze gehen. Wie ist das möglich?

Am 1. Januar 2013 war es soweit: Die gesetzlichen Rundfunkgebühren wurden nicht mehr pro Fernseher, Radio, Computer oder anderem rundfunkfähigen Gerät erhoben, sondern von nun an musste ein Beitrag pro Haushalt, Unternehmen/Institution bzw. Einrichtung des Gemeinwohls abgegeben werden. So bezahlt ein Haushalt 17,98 Euro im Monat.

Kurz nach Einführung der Gebühren gab es schon die ersten prominenten Stimmen von Beitragsgegnern. Die Stadt Köln wollte die Gebühren vorerst nicht bezahlen. Seit 2013 zählt für Stadtverwaltungen nämlich nicht mehr, wie viele Rundfunk- und Fernsehgeräte betrieben werden, sondern (anders als im Privaten) die Zahl der Mitarbeiter. Dadurch würden die Kosten und der bürokratische Aufwand für die Verwaltung enorm steigen.

Das Gebührensystem ist nun in bestimmte Staffeln gegliedert, sodass ein Unternehmen oder eine Institution beispielsweise ab 20.000 Beschäftigten in einer Betriebsstätte 3.236,40 Euro pro Monat zahlen müsste.

Die Kritik, dass es sich bei den neuen Rundfunkgebühren um eine „Quasi-Steuer" handle, da jeder zur Kasse gebeten wird, sind nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 13.05.2014 vom Tisch. Die Rundfunkgebühren wurden als verfassungsgemäß eingestuft.

Die Gebühren wurden nun aber durch die Ministerpräsidenten der Länder aufgrund prognostizierter Mehreinnahmen i.H.v. 1,15 Milliarden Euro zwischen 2013 und 2015 wieder gekürzt. Damit hatte wohl niemand gerechnet, denn bislang war davon ausgegangen worden, dass die öffentlich-rechtlichen Sender nur geringe Mehreinnahmen erzielen würden. Die Rede war hier von 120 Millionen Euro bezogen auf eine Beitragsperiode von vier Jahren. Durch die Mehreinnahmen stellte sich nun aber kurzzeitig die Frage, ob die Sender jetzt noch ihrer Erklärung zur Bescheidenheit nachgehen oder umgehend eine Ära der „Mittelverschwendung" einläuteten. Doch: Die Kürzung der Rundfunkgebühren blieb und somit kam es zur ersten Gebührensenkung seit der Einführung der GEZ 1953 (von damals 2 (!) DM).

Eine Frage bleibt allerdings ohnehin, waren doch die Gebühren dafür angelegt, dass man Mehreinnahmen verbuchen wollte. Unternehmen und Haushalte, die sich vor Gebühren drücken konnten, da sie sich einfach nicht angemeldet haben und/oder den freundlichen Mitarbeitern vom Bayerischen Rundfunk oder einem anderen Programm nicht in ihre Wohnung ließen, hatten seit 2013 kein so leichtes Spiel mehr. Die Abgaben waren zwingend. Auch Geschäftsketten mussten plötzlich mehr abgeben. So verbuchte das Unternehmen Rossmann im Jahr 2012 noch Abgaben von 39.500 Euro, für das Jahr 2013 waren es nun 200.000 Euro, da sie für jede Filiale einzeln bezahlen müssen.

Doch noch immer stehen die meisten Deutschen dieser Zukunft unter dem Lichte der „Zwangsabgabe" kritisch gegenüber. So sind doch die öffentlich-rechtlichen Sender als die „großen Jammerer" bekannt, die anscheinend zu wenig Geld bekommen. Dieses Bild scheint sich nun jedoch zu ändern. So stellte die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) fest, dass die ARD insgesamt etwa 300 Millionen Euro an Eigenmitteln, Einnahmemöglichkeiten und Vergleichbarem habe. Diese müssten ausgegeben werden, bevor sie die Gebühreneinnahmen antasten dürfen.

Im Gegensatz zur ARD kommt das ZDF eher ohne große Kritik davon. Für „Günther Jauch“ im Ersten werden zum Beispiel immer noch mehrere Millionen Euro pro Staffel ausgegeben. Es stellt sich die Frage, warum die ARD die Gehälter der Moderatoren, wie z.B. Günther Jauch und Monika Lierhaus, nicht bekannt geben möchte. Glaubt man der Bild-Zeitung, bekommt Günther Jauchs Produktionsfirma jährlich von der ARD 10,5 Millionen Euro auf das Konto überwiesen. Ebenso fraglich ist es bei Monika Lierhaus, diese soll in ihren Zeiten als Sportmoderatorin 850.000 Euro bekommen haben. Stimmen behaupten, dass die privaten Sender an dieser Kostenexplosion beteiligt sind. Auf dem Markt herrscht nun mal der Grundsatz, dass die Nachfrage den Preis bestimmt. Im Fall Lierhaus ist dies durchaus verständlich. Vor ihrem Schlaganfall gab es nun mal nur wenige weibliche Sportmoderatorinnen. Ihre Aufgabe war es, Frauen an den Fernseher zu holen und so buhlten alle Sender um diese Moderatorin. Kritisch ist jedoch zu betrachten, warum die öffentlichen Sender teure Moderatoren kaufen, um ein Entertainment für die Zuschauer zu haben. Ziel der GEZ-Gebühren ist ja nicht nur die reine Finanzierung, sonder auch eine Qualitätssicherung, die mit manchen Shows wohl nicht erfüllt wird. Auch beim Erwerb des Ausstrahlungsrechts bestimmter Sportsendungen ist es fraglich, ob es die Aufgabe der öffentlichen Sender ist, mit den Privaten in Konkurrenz zu treten. Bei den Fernsehsendungen sieht es ähnlich aus. Der Deutschen liebster Sonntags-„Tatort“ kostet den Beitragszahler in der Sendeminute durchschnittlich 15.500 Euro, so garantiert der produzierende Sender eine „optimale dramaturgische […] Umsetzung“. Übertrumpft werden diese Produktionskosten nur von Event-Mehrteilern und lizenzierten Literaturverfilmungen, welche pro Folge mit 20.000 Euro zu Buche schlagen. Würde das Erste also an 365 Tagen ausschließlich neue Tatorte und Päpstinnen-Turm-Wanderhuren-Verfilmungen ausstrahlen, käme man auf einen Finanzbedarf von rund 9,2 Mrd. Euro. Bei ausschließlicher Serieneigenproduktion lägen die jährlichen Kosten bei 4,2 Mrd. Euro. Der tatsächliche Finanzbedarf dürfte demzufolge also aufgrund von Wiederholungen und Low-Budget-Produktionen wie Reportagen, Magazinen und Kochsendungen auch in dieser Größenordnung zu verorten sein; tatsächlich betrug die Zuweisung 2011 5,5 Mrd. Euro.

Nach einer Studie der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien ist bekannt, dass „die

Gesamterträge im dualen Rundfunksystem in Deutschland […] im Jahr 2012 - ohne

Teleshopping und Deutsche Welle - rund 15,7 Mrd. Euro [betrugen]. Gegenüber dem Jahr

2010 entspricht dies einem Wachstum von 2,3 Prozent.“

Die Senkung der Gebühren sollte übrigens nach Einschätzung der KEF 73 Cent betragen, womit eine Kürzung pro Haushalt auf 17,25 Euro monatlich einherginge. Die Ministerpräsidenten haben im März 2014 allerdings die Zahlen von ARD und ZDF zur Grundlage einer Senkung um 48 Cent herangezogen. Dem Ratschlag der Kommission, dass nur die Hälfte der zu viel bezahlten Beiträge ausgeschüttet wird und die andere sollten als Kapitalrücklage verbucht wird, wurde übrigens nicht gefolgt. Die Umstellung ist ab Januar 2015 vorgeschrieben.

Fußnoten:

1 Nach Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (Dezember 2013).

2 http://www.rundfunkbeitrag.de/index_ger.html.

3 http://www.blm.de/de/pub/aktuelles/pressemitteilungen.cfm?eventPress=press.DisplayDetail&pressrelease_ID=1942.

Quellen:

http://www.kef-online.de/inhalte/berichte.html

http://www.kef-online.de/inhalte/bericht18/index.html

http://www.rundfunkbeitrag.de/

http://www.rundfunkbeitrag.de/haeufige_fragen/glossar/index_ger.html

http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-120780591.html

http://www.welt.de/themen/gez-und-rundfunkgebuehren/

http://www.welt.de/politik/deutschland/article123071562/Rundfunkgebuehr-soll-um-73-Cent-gesenkt-werden.html

Wer nicht fragt...

Braucht ein Student eigentlich Versicherungen?
Wenn ja, welche?

Informiert euch kostenlos und unverbindlich bei

UNISONO

Emil-Warburg-Weg 26, 95447 Bayreuth

Tel: 0921 / 560776-0
Fax: 0921 / 560776-99
Internet: http://www.unisonogmbh.de
Mail: info@unisonogmbh.de

Studentenengagement

Welche Möglichkeiten bietet die Universität Bayreuth über das Studium hinaus?

Martin Leschke
Universität Bayreuth

Wenn man sich an einer Universität für ein Studium einschreibt, steht dieses natürlich erst einmal im Mittelpunkt der eigenen Aktivität. Doch wenn man die Planung „in den Griff“ bekommt, bleibt nicht selten Raum für andere Aktivitäten. Neben Sport und anderen Freizeitaktivitäten besteht für die Studierenden die Möglichkeit, sich an vielen studentischen Gruppen und Arbeitskreisen aktiv zu beteiligen. Neben der Fachschaft und anderen offiziellen studentischen Organen (z.B. Studentenparlament) gibt es die verschiedensten Gruppierungen, auf die im Folgenden (zwangsläufig ohne den Anspruch der Vollständigkeit) hingewiesen werden soll:

VUB (Verein für Volkswirtschaft an der Universität Bayreuth)

Der Verein ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Professoren, den Studierenden und der Fachschaft. Er organisiert Exkursionen, hilft bei der Weiterentwicklung der VWL-Studiengänge, unterstützt Planspiele, hilft bei der Integration der Erstsemester u.v.a.m.

http://vub-bayreuth.de/

OIKOS

Diese Gruppe setzt sich in verschiedenen Projekten mit nachhaltigem Wirtschaften (Sustainable Management & Economics) auseinander. OIKOS-Bayreuth ist seit 15 Jahren ein aktiver Bestandteil der Familie von oikos Chaptern weltweit. Regelmäßig finden Treffen unter den Mitgliedern statt, um neue interessante Projekte zu diskutieren und in Angriff zu nehmen.

http://bayreuth.oikos-international.org/

ENACTUS

Leitlidee dieser Gruppe ist: Unternehmerisch die Welt im Kleinen verbessern! Der Begriff „Enactus“ steht für drei wichtige Prinzipien: entrepreneurial: Unternehmerischer Geist leitet das Handeln, das Lernen und Helfen der teilnehmenden Studierenden. action: Enactus gestaltet aktiv mit und möchte die Welt positiv verändern. us: Die weltweit tätige Organisation stützt sich auf die Gemeinsamkeit in den Werten und im Handeln. In regelmäßigen Treffen werden neue Projekte besprochen.

http://bayreuth.enactus.de/

Arbeitskreis Plurale Ökonomik

Der Arbeitskreis hat sich zum Ziel gesetzt, das Bayreuther VWL-Studium in Annäherung an eine plural aufgestellte Wissenschaft mitzugestalten und eine inhaltliche Ergänzung zu den regulären Veranstaltungen (jenseits des „mainstrams“) zu bieten. Er will die Studierenden dazu befähigen, die eigene Disziplin kritisch zu reflektieren. Während der Vorlesungszeit finden wöchentliche Treffen statt.

http://www.studierendenparlament.uni-bayreuth.de/de/Arbeitskreise/Plurale_Oekonomik/index.html

Arbeitskreis Debattierclub

Mit Worten lässt sich trefflich streiten. Aber auch dieses Streiten kann trainiert werden. Und ein solches System und Angebot bereitet der Debattierclub Bayreuth für jeden Interessierten, der sich im schnellen und analytischen Denken, im sicheren Auftreten und Sprechen schulen möchte. Dabei richtet sich unser Angebot an Anfänger ebenso wie an im Debattieren schon Erfahrenere.

http://www.studierendenparlament.uni-bayreuth.de/de/Arbeitskreise/Debattierclub/index.html

Arbeitskreis Kultur und Kommunikation

Dieser AK besteht aus einem Team musikinteressierter Studenten aller Fakultäten und plant und organisiert das Uniopenair. Das Festival ist ein nicht-kommerzielles Musikfestival in Bayreuth, welches Jahr für Jahr an einem Tag im Juni auf dem Campus der Universität Bayreuth stattfindet. Jedes Jahr kommen nationale und internationale, junge und alte Künstler nach Bayreuth und spielen auf der Uniopenair-Bühne.

http://www.studierendenparlament.uni-bayreuth.de/de/Arbeitskreise/Kultur_und_Kommunikation/index.html

Arbeitskreis Queer

Der Arbeitskreis Queer und Genderpolitik Bayreuth existiert seit dem WS 2013/14 mit dem Ziel, Bayreuther Studierenden dauerhaft die Möglichkeit zu geben, sich mit queeren Themen auseinanderzusetzen. Hast du Lust auf Genderpolitik, Feministische Perspektiven, darauf, dich für die Rechte von (homo- , bi-, inter- oder transsexueller) Minderheiten einzusetzen?

http://www.studierendenparlament.uni-bayreuth.de/de/Arbeitskreise/AK-Queer/index.html

Gründerforum Bayreuth

Diese Gruppe ist eine Gemeinschaft und Netzwerkplattform gründungswilliger Studenten an der Universität Bayreuth. Der Leitgedanke ist: Gemeinsam vereint in der Initiative seine Visionen zu verwirklichen, schaffen wir Berührungspunkte zwischen jungen Gründern und solchen, die es werden wollen.

http://www.gruenderforum-bayreuth.de/

AIESEC

Die "Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales" wurde 1948 in Stockholm von Studenten der Wirtschaftswissenschaften aus sieben Ländern (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Niederlande, Norwegen und Schweden) gegründet und wuchs innerhalb weniger Jahre zu einer globalen Organisation. Ziel ist die Förderung der Völker verständigung und die Ausschöpfung des Potentials unserer Gesellschaft, die exakte englische Formulierung der Zielsetzung lautet: Peace and Fulfilment of Humankind's Potential.

http://page.aiesec.de/?page_id=219/

Amnesty International Gruppe Bayreuth

Von der Öffentlichkeit gehört, von Menschenrechtsverletzern gefürchtet! Was tut diese Bayreuther Gruppe schwerpunktmäßig? Sie informiert an Ständen und in Abendveranstaltungen über aktuelle Menschenrechtsverletzungen.

http://www.amnesty-bayreuth.de/

Bayreuther Börsenverein

Wer Börsen und Finanzwissen erlernen und vertiefen, Kontakte zu Unternehmen der Finanz- und Medienbranche herstellen, Organisationsfähigkeiten im Team erlernen oder mit Spaß und höherem Erfolg am Börsengeschehen teilnehmen möchte, ist hier richtig.

http://www.bbv-online.org/

Global Brigades Universität Bayreuth

Die studentischen Mitglieder dieser internationalen Gruppe möchten wir ihren Teil zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensumstände vieler Menschen beisteuern, und so bildet „Global Brigades International" die größte internationale von Studenten geführte Entwicklungsorganisation mit Projekten in Südamerika und Afrika. Die Bayreuther Studierenden machen mit!

http://www.projekte.ideen-initiative-zukunft.de/projekte/anzeigen/30283

International Student Network

ist eine studentische Organisation an der Universität Bayreuth. Ziel ist es, die Integration internationaler Studierender zu fördern, ihnen das Leben und die Kultur in Deutschland näher zu bringen sowie ihren Aufenthalt bei uns zu einem unvergesslichen Erlebnis zu machen. Über das Semester verteilt organisiert die Gruppe deshalb verschiedene Veranstaltungen.

http://www.bayreuth.esngermany.org/

Junior Beratung Bayreuth – Studentische Unternehmensberatung

Die 1993 gegründete Junior Beratung Bayreuth (JBB) ist eine studentische Unternehmensberatung an der Universität Bayreuth. Sie bietet ihren Mitgliedern die

JUNIOR BERATUNG BAYREUTH
Studentische Unternehmensberatung

Möglichkeit in internen und externen Projekten ihr universitäres Wissen praktisch anzuwenden und ihre Berufsqualifikation weiter auszubauen. JBB berät Unternehmen innerhalb eines breiten Leistungsspektrums. Um diese Fähigkeiten zu erlangen, werden Studenten entsprechend geschult.

https://www.jbb-ev.de/

LEO-Club Bayreuth „Grüner Hügel“

LEO ist die Jugendorganisation von Lions Clubs International mit dem Motto „we serve“. Sie steht Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren offen. LEOs helfen bei sogenannten Activities durch persönlichen Einsatz dort, wo Hilfe benötigt wird. Diese Hilfe erfolgt im Club vor Ort, aber auch auf nationaler und internationaler Ebene.

http://www.leosbayreuth.de/

MARKET TEAM e.V. Bayreuth

Dieser Verein ist nach eigenen Angaben die größte interdisziplinäre Studenteninitiative in Deutschland. Vereinsziel ist, Studierenden aus allen Fachbereichen Einblicke in das Wirtschaftsleben zu ermöglichen. Dies soll vor allem durch die ehrenamtliche Organisation von Workshops, Vorträgen und Exkursionen in Zusammenarbeit mit Unternehmen erreicht werden.

http://www.market-team.com/bayreuth/

Rotaract Club Bayreuth

Rotaract ist mit rund 190.000 Mitgliedern in 7.500 Clubs eine der größten Jugendorganisationen der Welt. Der Name Rotaract setzt sich zusammen aus den Worten „Rotary“ und „Action“ und steht für „Jugend in Aktion“ – Aktion im Sinne der rotarischen Idee. Ziel ist es, zur Völkerverständigung beizutragen und die Anerkennung ethischer Grundsätze in der Wirtschaft zu fördern.

http://www.rotaract-bayreuth.de/

Dieser Überblick über die verschiedensten Gruppen an der und um die Universität Bayreuth belegt, dass die Möglichkeiten, sich als Studentin und Student sinnvoll zu engagieren, sehr vielfältig sind. Da ich selbst in der ein- oder anderen Weise bei einigen Gruppierungen tätig war und bin, kann ich sagen, dass die Tätigkeiten nicht nur wichtig sind, sondern die Zusammenarbeit auch Spaß macht. In diesem Sinne wünsche ich: reinschnuppern, auswählen, mitmachen!

Das Mammutprojekt Atlantropa

Deutschlands vergessene Vision oder ökonomische Zukunftsidee?

Stefan Karnitzschky
Student im Masterstudiengang Economcis
[Stefan.D.Karnitzschky@stmail.uni-bayreuth.de]

Regierungen und ganze Volkswirtschaften stehen nicht erst 2014 vor großen und wachsenden[1] Herausforderungen. Als Bedrohungen für die innere und äußere Sicherheit[2] ganzer Kontinente werden internationaler Terrorismus, Schulden und Finanzkrisen, Nuklearwaffenmissbrauch, die fehlende Verteilung von Wasserressourcen, Korruptionsschäden[3], ungelöste Klimafragen[4], Überbevölkerung, Massenmigration, Grenzstreitigkeiten, Naturkatastrophen oder die zunehmende Landverknappung von fruchtbarem Ackerland gesehen. Dr. Benno Pilardeaux, verantwortlich für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung, sieht eine Erklärung durch ein Leben in „Zeiten zunehmender Knappheiten“[5], was auch wirtschaftliche Produktionsfaktoren wie Arbeit, Kapital oder Boden betrifft. Eine sofortige Lösung aller oder einzelner Probleme wird zeit- und kostenaufwendig sein, wenn nicht sogar kaum realisierbar.

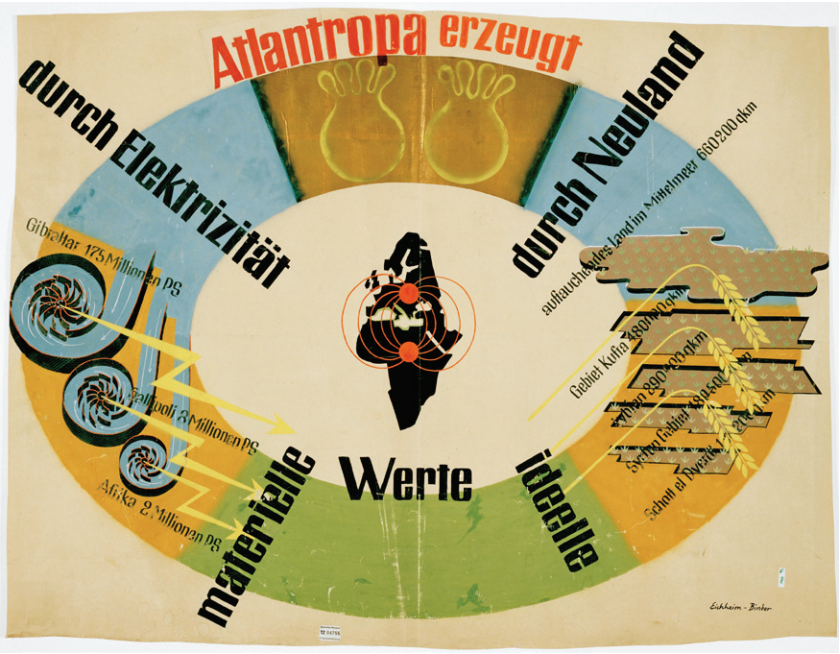
Bereits 1925 war ein Münchner Architekt seiner Zeit weit voraus und erkannte viele dieser

heute aktuellen Themen als Aufgaben künftiger Generationen. Herman Sörgel faszinierte mit der Vision seines Lebenstraumes die Gesellschaft, Wirtschaft und internationale Presse über viele Jahrzehnte und verspricht genug Lebensraum, das Ende aller Energieprobleme, besiegte Armut und weltweiten Frieden. Dafür sollte das Angesicht unseres Planeten umgeformt und Europa mit Afrika quasi zusammengebracht werden, als neuen Super-Kontinent Atlantropa.

Der charismatische Philanthrop Sörgel, geboren am zweiten April 1885 in Regensburg, begeisterte die Kunst-, Architektur- und Intellektuellenszene des Nachkriegsdeutschlands Mitte der zwanziger Jahre mit seinem Plan, die Meerenge von Gibraltar zuzumauern und durch einen gigantischen Staudamm das Mittelmeer vom Atlantik komplett zu trennen. Kleinere Mittelmeerzuflüsse werden ebenfalls mit Dämmen versehen. So sollte der Wasserspiegel schnell und gezielt um etwa 200 Meter vermindert werden. Sörgel rechnete mit mehr als einer halben Million Quadratkilometer an Neuland, quasi die Fläche von Belgien und Frankreich zusammen. Mit den technischen Möglichkeiten seiner Zeit könnten insgesamt 110.000 Megawatt aus Wasserkraftturbinen gewonnen werden, wodurch Energie zur Versorgung von ganz Europa und Afrika zur Verfügung stünde. Als Zeitzeuge der ungeheuren Zerstörung und Grausamkeit des Ersten Weltkrieges hoffte er, dass ein Vorhaben dieser Größe die Mittelmeerländer und Anrainerstaaten[6] zur gemeinsamen Kooperation verleiten könnte, anstelle Energie in kriegerische Auseinandersetzungen zu investieren. Zwischen 100 und 150 Jahren dürfte sein Projekt von Anfang bis Ende dauern, um so aus Afrika und Europa quasi einen „fabrikneuen" Kontinent zu erstellen. Gemeinschaftliche Arbeit wäre für Millionen von Europäer oder Atlantropeär gesichert, der Austausch von Technologie würde voranschreiten, ebenso die Entwicklung neuer Fertigungs- oder Produktionsverfahren oder tief greifende betriebs- und volkswirtschaftliche Möglichkeiten mit dem verbindenden, friedlichen Ziel für Lösungen großer damaliger sowie kommender Probleme. Erst solch ein Zusammenwirken von ungleichen Ländern mit unterschiedlichen Ideen würde gezwungenermaßen Fragen nach Logistik, Versorgung, Verpflegung, Transport, sanitären und medizinischen Anlagen, Unterkünften, Materialbeschaffung (Kalkstein, Zement, Sand) oder Korrosionsschutz nach und nach lösen, glaubte Sörgel.

Er interessierte sich schon im Kindesalter für die Nutzung und das Ingenieurswesen der Wasserkraft. Sein Vater, Hans Ritter von Sörgel, war Chefdirektor der königlich bayerischen Baubehörde, mit dem Fachgebiet Wasserbau. Unter Sörgel Seniors Leitung wurde 1924 die Realisierung des Walchensee Kraftwerkes nahe München abgeschlossen, das größte Werk seiner Art im damaligen Deutschen Reich mit den modernsten Techniken solcher Kraftwerksanlagen. Von den Erfolgen und Möglichkeiten im Beruf des Vaters beeindruckt, blieb Sörgel fest davon überzeugt, der Menschheit in der Meerenge von Gibraltar ein natürliches Kraftwerk zugänglich machen zu müssen[7]. Die Konsequenzen, dass vertraute Hafenstädte ohne Wasseranbindung später auf dem Trockenen liegen, wurden von ihm kritisch bedacht und sollten praktisch angegangen werden. Auf den Flächen hin zu den neuen Küstenverläufen sollten bessere, markantere Städte gebaut werden. Neue Siedlungen, Wohngebiete oder Ackerland entstünden auf ehemaligem Meerboden und müssten nur genutzt werden. Marseille beispielsweise wäre nach der Absenkung des Mittelmeeres etwa 35 Kilometer vom Wasser entfernt, weshalb für Frankreich ein neuer Haupthafen, Sörgels „Port du Rhone", geplant und konstruiert werden müsste. Der Seehafen von Genua, ebenfalls betroffen, würde wie bei anderen Mittelmeerstädten austrocknen. Sörgel sah daher die Notwendigkeit zum Bau eines Neu-Genua, das fünf- bis sechsmal so groß werden sollte wie die bisherige Stadt. Problematisch wäre es für den Tourismusmagneten am Meer, Venedig, welches ohne Wasser oder sein weltbekanntes Kanal- und Lagunensystem schnell an Attraktivität verlieren würde, mit nega-

tiven Folgen für Anwohner, Wirtschaft und Arbeitsplätze. Eine Lösung wie in Genua war demnach nicht akzeptabel und würde Sörgel die Gunst der italienischen Architektur- und Ingenieur-Kollegen kosten. Die Kulturmetropole ohne Adria sollte über einen künstlich angelegten Stausee mit genug Wasser versorgt bleiben, der Damm dafür würde mit mehreren Kilometern Abstand das historische Altstadtbild nicht beeinflussen und wäre von Venedig aus gar nicht erst sichtbar. Weiterhin war er fest davon überzeugt, dass unser bekanntes Mittelmeer vor Jahrtausenden bereits trockenes Land war, welches dann vom Atlantik nach der letzten Eiszeit überflutet wurde[8]. Mit heutigen Messmethoden und Ausgrabungstechniken konnte der Beweis hierfür schon öfter erbracht werden.



Quelle: „Environment & Society". Siemens Schweiz AG

1929 arbeitete Sörgel mit dem Schweizer Ingenieur Bruno Siegwart an ersten, konkreten Vermessungen und Konzepten im Süden Spaniens, um die optimale Position des Staudammes bei Gibraltar zu ermitteln. Dieser sollte in einer leicht geschwungenen Kurve von Spanien bis nach Marokko mit ungefähr 38 Kilometer Länge an der seichtesten Stelle des Weltmeeres entstehen[9]. Das Fundament hätte eine berechnete Breite von 2,5 Kilometern und eine Höhe von 300 Metern, die Leistung allein des fertigen Gibraltar Kraftwerkes[10] wurde auf 50.000 Mega-Watt beziffert. In Genf, heute auch als „Stadt des Friedens"[11] bekannt, sollte nach Sörgel ein Wahrzeichen für alle Altantropäer errichtet werden, eine Atlantropa Zentrale. Der Architekt Fritz Höger, ebenfalls begeistert vom Großprojekt und den Chancen für Europa und Afrika, entwarf eine runde Symposiumshalle, die im Zentrum eines dreieckigen Fundamentes liegen sollte[12]. Für die jeweiligen Ecken der Anlage, also flankierend um den Mittelpunkt, waren drei Hochhäuser geplant, die mit viel Glas die Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollten. Die Anzahl der Wolkenkratzer symbolisiert das als harmonisch erhoffte Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik und Technik während und über die Dauer der Dammbauarbeiten hinaus.

Sörgels Visionen wurden durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 brachial mit der Realität konfrontiert. Zum einen war Nazideutschland zu dieser Zeit aus dem Völkerbund[13] ausgetreten, was Sörgels überstaatliche Gemeinschaftsarbeit erschwerte und fast völlig lahmlegte. Zum anderen hatte Sörgels Idee nichts mit den militärischen und diktatorischen Zielen des NS-Regimes gemeinsam und war wegen der internationalen Kooperation mehr störend als kriegsdienlich. Um die anhaltende Sympathie für Atlantropa bei der deutschen Bevölkerung abzuwerten, ließ das Propagandaministerium 1936 von der Münchner Bavaria einen halbstündigen Film[14] drehen und vielerorts in Kinos präsentieren. Sörgel, damals selbst Kinobesucher, erlebte eine Inszenierung über Größenwahn, Risiko und nicht umsetzbare Illusionen. Der Film war wegen der sehr hohen Besucherzahlen und der erhofft abfälligen Wirkung bei einem Großteil der Kinobesucher ein Erfolg, nicht

zuletzt wegen der nationalsozialistischen Propaganda. Vor allem kritisierte man die Baukosten und Schutzlosigkeit des Staudammes bei Gibraltar vor alliierten Angriffen oder angebrachten Sprengsätzen, die Überflutung neu erschlossener Bauflächen wäre die tödliche Folge. Heute könnte ein effektiver Schutz möglicherweise durch gemeinsam operierende Flottenverbände zu Wasser und in der Luft gewährleistet werden[15]. Terroristisch motivierte Zerstörungen sind im Bezug auf nationale Sicherheitsfragen[16] aber weiterhin ein permanenter Knackpunkt. Sörgel ließ sich davon nicht entmutigen und setzte seine Vorträge und Planungen zu Atlantropa, verschiedene Publikationen und Kritik an Nazideutschland fort. 1943 teilte das Propagandaministerium Sörgel nach anhaltender Überwachung schriftlich mit, dass ihm ein sofortiges Publikationsverbot[17] auferlegt wurde und er bei einer Weigerung oder Zuwiderhandlung mit Gefängnis bestraft werde. Es war ihm verboten, sich in Wort oder Schrift über Atlantropa zu äußern. Sörgel, inzwischen 58 Jahre alt, wechselte mit seiner Frau Irene den gemeinsamen Wohnort von München nach Obersdorf, im Allgäu. Die Belästigung durch die Geheimpolizei zwang beide zu diesem Schritt. Nach dem Ende des Dritten Reiches 1945 versuchte Sörgel jahrelang, die verantwortlichen Besatzungsmächte von dem Nutzen und dem Potenzial seines Atlantropa Projektes zu überzeugen. Frankreich, England und Amerika, sowie eingesetzte Vertreter der neu gegründeten „United Nations Organization" (UNO) zeigten sich teilweise überzeugt und waren für die angesprochenen Pläne offen. Besonders das amerikanische Militär sah über eine ständige Verbindung zu Afrika die Chance, schnell wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen und möglichst konkurrenzlos an Öl, seltene Erden und wertvolle Rohstoffe für die eigene Volkswirtschaft zu gelangen. Jedoch erfolgte Jahre später nie eine finanzielle Unterstützung oder beginnende Baumaßnahmen.

Herman Sörgel betonte 1952 in einem Radiointerview: „Atlantropa bedeutet wörtlich soviel wie >Festland am Atlantik<. Zwei Kontinente werden vom Atlantik bespült, Europa und Afrika. Und das Ziel eben meines Atlantropa Planes ist, eben Europa und Afrika zu einem neuen Kontinent zu verbinden. Europa und Afrika sollen mit ihren Landgebieten zusammenwachsen und damit Atlantropa zu einem Erdteil der Zukunft machen". Dennoch wurde das Atlantropa Konzept, wegen der ausbleibenden Geldmittel und der neuen Energieform „Atomkraft", wirtschaftlich als nicht mehr fortschrittlich genug angesehen. Die Staaten setzten vermehrt auf Atomkraftwerke und sahen in der Kernkraft mehr Nutzen als in der Wasserkraft. Im Dezember desselben Jahres war Sörgel abends mit dem Fahrrad unterwegs zu einem Vortrag in der bayerischen Landeshauptstadt. Der ohne Augenzeugen verlaufende Unfall in der Münchner Prinzregenten Straße wurde nie aufgeklärt. Der Fahrer des Wagens flüchtete unerkannt und es konnte im Rahmen der Ermittlungen nicht geklärt werden, ob die Tat geplant war oder zufällig passierte. Schwer verletzt stirbt Herman Sörgel am 25. Dezember 1952 im Alter von 67 Jahren in einer Münchner Klinik. Seine letzten Worte sollen gewesen sein, dass er letztendlich umsonst gelebt habe. Anfang der sechziger Jahre wurde die Atlantropa Gemeinschaft aufgelöst und das Projekt endgültig aufgegeben.

Im Hauptgutachten 2013 des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung mit Schwerpunkt „Globale Umweltveränderungen" steht das Meer im Mittelpunkt[18]. Die Nutzung, der Umgang, die Verschmutzung oder das Recht auf Wasser, um einige Punkte zu nennen. Der Zusammenhang zwischen zu wenig Süßwasser, schlechtem Wassermanagement und der massenhaften Verpachtung oder dem Aufkaufen von ertragreichem Land durch internationale Investorgruppen oder einzelne Finanzmänner ist konfliktgeladen. Ackerland als gewinnbringende Anlage ist langfristig ertragreich, nachhaltig und mit wenig spekulativen Risiken behaftet, daher immer lukrativer für Großeinkäufer. Oft geht es nicht mehr um die Lebensmittelerzeugung, sondern um abgesicherte Konzepte wie die

Stromproduktion aus Biogasanlagen mittels großflächigen Maisanbaus. Nationale und internationale Auseinandersetzungen über die Nutzung und Benutzung oder Sinn und Unsinn lassen nicht lange auf sich warten[19]. Wirtschaften ohne die mögliche Handhabung und ein Zusammenspiel von Kapital, Arbeit und Boden ist schwierig. Auch wenn Herman Sörgel die Tragweite solcher Probleme im aktuellen, internationalen Kontext nicht vollständig erahnen konnte, war er seiner Zeit weit voraus. Es bleibt abzuwarten, ob sein Lebenstraum nicht eines Tages doch noch umgesetzt wird, wenn andere Lösungsvorschläge versagen.

Fußnoten

1 Frech, Siegfried und Trummer, Peter (2005): Neue Kriege. Akteure, Geldmärkte, Ökonomie, 2. Auflage, Schwalbach.

2 Kaim, Markus (2007): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Präferenzbildungs- und Aushandlungsprozesse in der Europäischen Union (1990-2005), Baden-Baden.

3 Anti-corruption report (2014): EU report, http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/organized-crime-and-human-trafficking/corruption/anti-corruption-report/index_en.htm, aufgerufen am: 20.02.2014.

4 Climate and conflicts (2010): The security risks of global warming, http://onteam14.rrz.uni-hamburg.de/lehre-ws1112/lehre-ws11-66652-ClimateConflicts-JS_AB-20120124.pdf, aufgerufen am: 23.01.2014.

5 Pilardeaux, Benno (2010): Landnutzung. Entscheidende Faktoren der Konfliktverschärfung, in: Jahrbuch Ökologie 2010, hrsg. vom wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Stuttgart, S. 83.

6 Länder mit einem Grenzverlauf unmittelbar um das Mittelmeer, z. B. Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland, Türkei, Syrien, Tunesien, Libyen, Algerien, usw.

7 Sörgel, Herman (1998): Architektur - Ästhetik : Theorie der Baukunst, Nachdruck von 1921, München.

8 Hsü, Kenneth J. (1984): Das Mittelmeer war eine Wüste - auf Forschungsreise mit der Glomar Challenger, München.

9 Voigt, Wolfgang (2007): Atlantropa, Weltbauen am Mittelmeer; ein Architektentraum der Moderne, 2. Auflage, Frankfurt.

10 Zum Vergleich, der Itaipu Staudamm zwischen Paraguay und Brasilien ist das größte Wasserkraftwerk der Welt. Bauzeit: 16 Jahre. Länge: 8 Kilometer. Fertigstellung: 1991. Stausee: 1400 Quadratkilometer groß.

11 Tourismusführer Genf (2014): Willkommen in Genf, http://www.ville-geneve.ch/index.php?id=6734, aufgerufen am: 02.03.2014.

12 Gall, Alexander (1998): Das Atlantropa-Projekt: Die Geschichte einer gescheiterten Vision: Hermann Sörgel und die Absenkung des Mittelmeers, 2. Auflage, München.

13 1920-46 existierende Staatsvereinigung zur Sicherung des Weltfriedens und zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Nationen. Der Völkerbund, dem die USA nicht angehörten und als Vorgänger der 1946 gegründeten UNO, konnte den zweiten Weltkrieg nicht verhindern (vgl. Duden, Lexikon der Allgemeinbildung (1998): Völkerbund, 2. Auflage, Mannheim).

14 Titel: Ein Meer versinkt (1936).

15 Vorausgesetzt der Nutzen überwiegt den finanziellen Aufwand.

16 Bredow, Wilfried von (2010): Die neuen Sicherheitsstudien zwischen internationalen Beziehungen, Militärsoziologie und Friedens- und Konfliktforschung, in: Politikwissenschaft in Deutschland, hrsg. von Irene Gerlach, Eckhard Jesse, Marianne Kneuer und Nikolaus Werz, Band 27, Baden-Baden.

17 Sörgel, Herman (1938): Die drei grossen „A“ : Großdeutschland u. italienisches Imperium, die Pfeiler Atlantropas, München.

18 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU (2013): Hauptgutachten Meere, http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2013-meere/, aufgerufen am: 20.03.2014.

19 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU (2008): Hauptgutachten Bioenergie, http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2008-bioenergie/, aufgerufen am: 21.03.2014.

Sie wollen eine Immobilie kaufen oder verkaufen? Wir helfen Ihnen gerne.

Sparkasse Bayreuth

Sparkassen Immobilien GMBH VERMITTLUNGS

Sie sehen von links unsere Mitarbeiter-/innen aus dem ImmoCenter der Sparkasse Bayreuth: Stefan Kühnlein, Interessentenbetreuer. Immo-Makler-/in: Harald Müller, Tina Steinwasser und Erwin Stiefler. Informieren Sie sich über unsere Leistungen und vereinbaren Sie einen Termin in unserem ImmoCenter unter

The Role of Foreign Banks in Developing Countries

Do they help to increase efficiency in the banking sector?

Eike Lengemann
Student im Masterstudiengang Economics
[lengemann@posteo.eu]

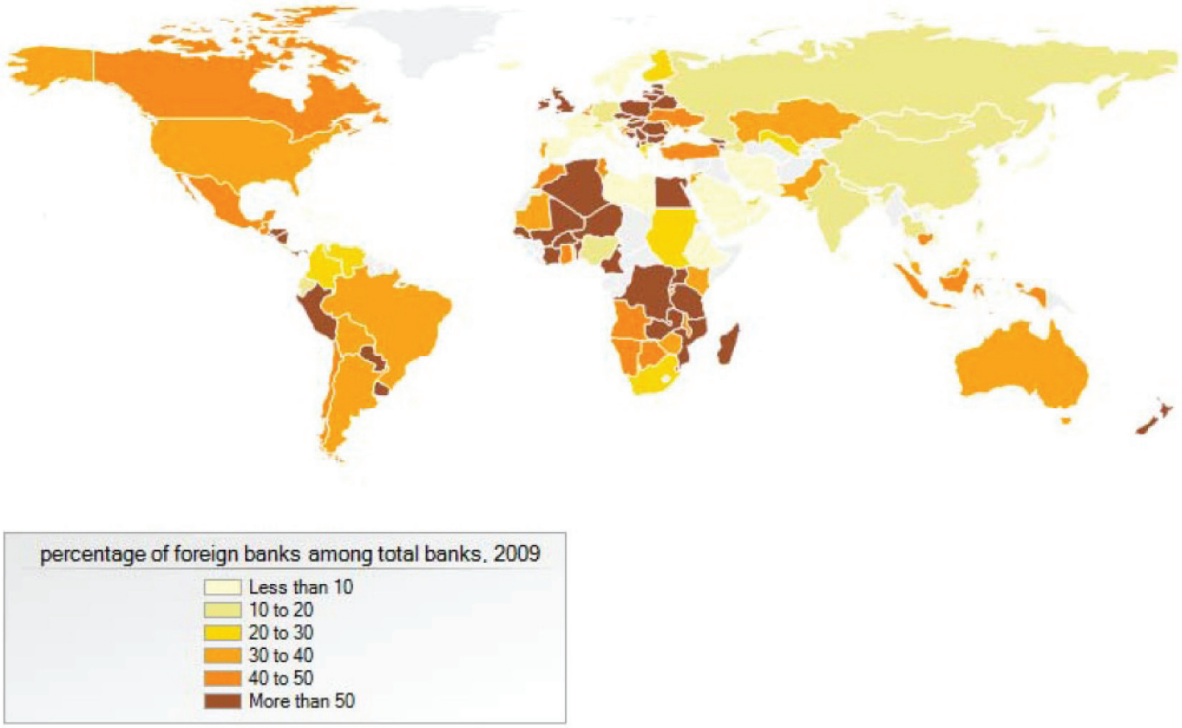


Figure 1: Share of Foreign Banks per Country, Source: Claessens and Horen [2014]

The aim of this article is to explain the role of foreign banks in developing countries. The growing presence of foreign banks all over the globe make it an interesting topic to investigate. Hereby the focus of research lies on the efficiency of the banking sector and whether foreign banks help to increase it. Banks are defined as foreign if at least 50% of the bank is foreign owned.

In general there are three different ways to measure the efficiency and whether the entrance into or the existence of foreign banks in the host country lowers costs. The first measure is the net interest margin (NIM). It is defined as the difference between the revenues and the financial costs in relation to total assets. The smaller the net interest margin, the more efficiently a bank works. Another measure is the spread. Therefore, one compares the interest rate for which the bank lends money and the interest rate it pays for deposits. The smaller the gap between these two rates, the more efficient the bank is.[1]

Foreign banks increased their presence in developing countries due to several reasons. On the one hand they try to follow their customers to offer them their products also abroad. On the other hand by investing abroad they are also able to diversify their portfolio and the banks can gain from higher attractive market opportunities. For example they can profit from inefficiencies in the local banking

sector and higher growth rates in developing countries.

During the last decades the presence of foreign banks in developing countries has expanded quite fast. Today in many developing countries more than 50% of the banks are possessed by foreign owners Claessens and Horen [2014]. This trend is likely to continue since the developing countries are growing faster than the developed countries and therefore a new middle-class in these countries needs financial intermediaries. Therefore, investments in developing countries are opportunities for banks to grow.

Most of the literature suggest that foreign bank entry lowers spreads and NIMs, especially for de novo banks (Martinez Peria and Mody [2004]).[2] Assessing the entrance of foreign banks Detragiache et al. found that welfare effects are ambiguous. Since foreign banks often have a cost advantage, but deal mostly with transparent customers due to the absence of local or soft information, the cost efficiency and the welfare may improve. However, only the more transparent firm are able to benefit. Other firms are generally not effected or even worse off (Detragiache et al. [2008]).

Overall, the evidence in favor of allowing foreign banks access to developing countries outweighs the disadvantages of foreign banks. Particularly the increase in efficiency,for example due to technological spill-overs, in the host market is important. Thereof, the whole economy can profit since the firms do not need to spend so much money anymore for financial intermediation. But also the risks always have to be kept in mind. Among these are a possible shortage of credit to smaller and not so transparent firms and the risk of being influenced by contagion when a financial crisis hits the home country of the foreign bank.

Politicians have to consider these different aspects. Moreover, they need to assess how important a vital domestic banking sector is in their view. Since there are advantages and disadvantages it is probably a good idea to deregulate the market for banks slowly to allow the domestic banks to adjust to a higher level of competition.

There is also a broad scope for further scientific investigation. To learn more about how and at which pace to deregulate the banking sector, it would be good to gain insights in best-practice experiences from former developing countries. Furthermore, an interesting research question is to investigate why the importance of the factor distance, which so far proved to be important for foreign banks, did not decrease over time, since communication costs are sinking as modern technology like video conferences and the internet spread around the globe. Finally, it is worthwhile to consider whether the discussions after the financial crisis 2007-2008 about banks that are too big to fail have a long-term impact on the size of financial intermediaries and on their regulations. In this respect it could get harder for large banks to grow even larger and expand in ever more countries.

References

1 The main difference between the NIM and the spread is that the NIM takes into account the different volumes of revenues and costs, while the spread only compares the percentage points.

2 De novo banks are banks that enter a market themselves and do not acquire domestic banks to enter the market.

Literature

Claessens, S. and Horen, N. (2014). Foreign banks: Trends and impact. Journal of Money, Credit and Banking, 46 (1): 295–326.

Detragiache, E., Tressel, T., and Gupta, P. (2008). Foreign banks in poor countries: theory and evidence. The Journal of Finance, 63 (5): 2123–2160.

Martinez Peria, M. S. and Mody, A. (2004). How foreign participation and market concentration impact bank spreads: evidence from latin america. Journal of Money, Credit, and Banking, 36 (3): 511–537.

Die Meinungsbildung in der Volkswirtschaftslehre: Ein Überblick

Eduard Buzila
[Eduard_Buzila@web.de]

Die genuine Volkswirtschaftslehre, die Ökonomik, ist philosophischer Natur[1]. Ihre wissenschaftliche Stärke liegt darin begründet, dass sie in der Lage ist, komplexe, real anzutreffende Phänomene zu erkennen und anhand von Modellen zu simplifizieren. Ganz nach der Maxime Albert Einsteins (1879-1955): „Mache die Dinge so einfach wie möglich - aber nicht einfacher". Die Schwierigkeit in der Ökonomik liegt jedoch nicht nur in der Erstellung von genauen Modellen, sondern auch in der Entscheidungsfindung, d.h. die Entscheidung zu treffen, welches Modell als „richtig" anzusehen ist; nach welchem faktisch und wirtschaftspolitisch gehandelt werden soll. Im Allgemeinen kann man drei Modellansätze vorfinden: Zwei, die jeweils ein Extrem darstellen und ein drittes, das einen Mittelweg gehen will. So kann ein Modell keine Steuern fordern, ein anderes besagt, dass eine absolute Versteuerung sinnvoll ist und ein drittes verlangt eine „gerechte" Besteuerung, die auf die jeweilige finanzielle Lage der Wirtschaftssubjekte achtet. Welches Modell ist nun das „richtige"?

Der Ökonom, genauso wie der Philosoph, ist bestrebt zu erkennen und zu verstehen. Die wirtschaftswissenschaftliche Beschäftigung ist daher primär geistiger Natur. Die faktische Welt und die Menschen, die in ihr leben, sind die Wissenschaftsobjekte des Ökonomen. Er ist bestrebt sie durch geistige Betätigung, durch Reflektion, zu untersuchen und zu verstehen. Das Wirtschaften an sich bedarf aber keineswegs eines Ökonomen. Denn seit Anbeginn der Menschheit wirtschaftet der Mensch selbstständig, von Natur aus, ohne dazu durch eine „unsichtbare Hand" angehalten oder gelenkt zu werden. Als „animal laborans", als „arbeitendes Tier", ist der Menschen von der Geburt an bis zum Tode gezwungen zu arbeiten. Der Mensch muss arbeiten, um zu leben. Arbeit wird dabei als Qual, als Mühsal aufgefasst, dies zeigt schon die etymologische Bedeutung des Wortes Arbeit[2], da sie den Menschen von anderen Handlungen und Tätigkeiten abhält, die ihm mehr Freude als die selbst Arbeit bereiten.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Arbeitsteilung kein Ergebnis menschlicher Erkenntnis ist, sondern „vielmehr zwangsläufig, wenn auch langsam und schrittweise, aus einer natürlichen Neigung des Menschen, zu handeln und Dinge gegeneinander auszutauschen"[3], entstanden ist. Arbeitsteilung führt dazu, die Qual der Arbeit für den einzelnen Arbeiter zu lindern. Adam Smith (1732-1790) zeigte mit seinem „Nadelfabrik-Beispiel"[4] auf, welche Wirkung die Arbeitsteilung auf die Produktivität hat. Dort heißt es: „Um eine Stecknadel anzufertigen, sind […] etwa 18 verschiedene Arbeitsgänge notwendig, die in einigen Fabriken jeweils verschiedene Arbeiter besorgen, während in anderen ein einzelner zwei oder drei davon ausführt. Ich selbst habe eine kleine Manufaktur dieser Art gesehen, in der nur 10 Leute beschäftigt waren, so dass einige von ihnen zwei oder drei solcher Arbeiten übernehmen mussten. Obwohl sie nur sehr arm und nur recht und schlecht mit dem nötigen Werkzeug ausgerüstet waren, konnten sie zusammen am Tage doch etwa 12 Pfund Stecknadeln anfertigen, wenn sie sich einigermaßen anstrengten. Rechnet man für ein Pfund über 4000 Stecknadeln mittlerer Größe, so waren die 10 Arbeiter imstande, täglich etwa 48 000 Nadeln herzustellen, jeder also ungefähr 4800 Stück. Hätten sie indes alle einzeln und unabhängig voneinander gearbeitet, noch dazu ohne besondere Ausbil-

dung, so hätte der einzelne gewiss nicht einmal 20, vielleicht sogar keine einzige Nadel am Tag zustande gebracht. Mit anderen Worten, sie hätten mit Sicherheit nicht den zweihundertvierzigsten, vielleicht nicht einmal den vierhundertachtzigsten Teil von dem produziert, was sie nunmehr infolge einer sinnvollen Teilung und Verknüpfung der einzelnen Arbeitsgänge zu erzeugen imstande waren"[5]. Der Ökonom und Philosoph Adam Smith beobachtete und analysierte ein Phänomen, das er dahingehend verallgemeinerte, so dass er dadurch in der Lage war, seine Beobachtung und Analyse zu einem Postulat zu formulieren, nämlich: Arbeitsteilung und die damit einhergehende Spezialisierung führen zu einer Produktivitätssteigerung.

Indem der Arbeiter nur noch die Abläufe und Handlungen zu erlernen hat, für die er besonders geeignet ist, werden dadurch, zumindest bis zur Erreichung der Monotonie, die Qualen der Arbeit gelindert, da ihm dadurch die Arbeit „leichter von der Hand geht".

Von besonderer Bedeutung ist vor allem die methodologische Herangehensweise Smiths. Er handelte hier als „deskriptiver Ökonom". In dieser Situation agiert er als passiver Beobachter. Seine Beobachtungen ermöglichen ihm die Realität zu erfassen. Indem er die Realität analysiert, versucht er gleichzeitig von einer allgemeinen Beobachtung einzelner Fälle auf eine allgemeine Regel zu schließen. Smith arbeitete im „Nadelfabrik-Beispiel" induktivistisch, also von der Induktion, der Gewinnung von allgemeinen Aussagen aus der Betrachtung mehrere Einzelfälle, zur Abduktion, also zur Feststellung, dass bestimmte Einzelfälle unter einer gegebenen oder noch zu entdeckenden Regel fallen. Die Aufstellung solcher Theorien hat einen rein beschreibenden Charakter, so dass aus einer solchen Feststellung noch keine Maxime zum Handeln wird.

Solch eine passive Rolle ist sehr wichtig in der Ökonomik, jedoch nicht ausreichend, um den „Wohlstand der Nationen" zu verbessern und zu steigern. Die „deskriptive Ökonomik" ist enorm wichtig, um sich ein Bild von der ökonomischen Wirklichkeit zu machen. Sie ermöglicht es, den Status quo zu erkennen. Diese Erkenntnis ist allerdings völlig wertlos, wenn man nicht zur Handlung übergeht. *Nam et ipsa scientia potestas est*[6]. Wissen kann aber nur dann zur Macht erstarren, wenn es auch tatsächlich umgesetzt, wenn also faktisch gehandelt wird. Dies war Adam Smith selbst auch bewusst, so dass er seine passive Position schnell in eine aktive umwandelte. Aus einem „deskriptiven" wurde ein „präskriptiver" Ökonom, der auf der Basis der vorhandenen, real existierenden „Datenlage", insbesondere politische Handlungen und Entscheidungen forderte. Eine seiner berühmtesten Forderungen ist die vollständige Unterlassung staatlicher Eingriffe in die Marktmechanismen; er forderte also freie Märkte ohne jegliche staatliche Intervention, ganz im Sinne des „Laissez-faire".

Als Moralphilosoph wollte Smith also nicht nur den Status quo feststellen, sondern den „Wohlstand der Nationen" verbessern. Doch wie setzt man dies in die Realität um? Dieses Ziel kann nur durch politische Aktionen erreicht werden. Jede noch so schöne, und womöglich richtige Theorie ist wertlos, wenn sie nicht durch die Politik umgesetzt wird. Die Zoon politikon, der Mensch als politisches Wesen ist hier gefragt. Daher ist Ökonomik, die oikos, eng mit der Politik, polis, verzahnt. Beide Einheiten führen zur „he praktiké", zur „philosophia practica", also zur praktischen Philosophie. Somit ist „praktische" Ökonomik nichts anderes als praktische Philosophie, mit dem Ziel, normative Handlungsanweisung an die Politik zu richten. Die Aufgabe des Ökonomen besteht daher nicht nur darin den Status quo zu erkennen und zu analysieren, er muss auch gleichzeitig in der Lage sein, die politischen Kräfte von seiner Theorie zu überzeugen. Erst wenn die politischen Entscheidungsträger von dieser ökonomischen Theorie überzeugt sind, kann aus der theoretischen Idee, eine praktisch-konkrete Tatsache erwachsen. Der Ökonom wird zum Zoon politikon.

Doch wie kann es dem Ökonomen gelingen die polis zu überzeugen? Dies ist eine äußerst

schwer zu beantwortende Frage. Zunächst einmal muss gefragt werden, ob die Theorie des Ökonomen auch die „richtige“ ist. Da die Volkswirtschaftslehre genuin philosophisch ist, bedeutet dies, dass es zunächst einmal keine evident allgemeingültige Theorie gibt. Die Überzeugung eines Wissenschaftlers ist primär eine private, eine inhärent subjektive opinio. Sie ist nicht exklusiv, sondern ist jedem Menschen frei zugänglich, wenn Argumente geliefert werden, die die opinio eingängig machen. Aus diesem Grund gibt es theoretisch gesehen genauso viele richtige oder falsche Theorien zu einem Thema, wie es Menschen gibt. So hört man in juristischen Kreisen ab und zu folgende ironische Aussage: „Stellt man drei Juristen eine Frage, bekommt man drei unterschiedliche Antworten“ oder „zwei Juristen, drei Meinungen“. Die Frage nach der „richtigen“ Theorie spielt also nicht nur in der Wirtschafts- und Rechtswissenschaft, sondern in nahezu allen Disziplinen eine zentrale Rolle.

Man könnte nun verleitet sein und behaupten, dass es ein solches Problem nur in den „soft sciences“ gibt. In den Wissenschaften also, die sich einer Empirie gänzlich entziehen. Dies ist allerdings falsch[7]. Auch in den als „hard sciences“ verstandenen Wissenschaften ist das Problem der „richtigen“ Theorie gegenwärtig. Heutzutage wird beispielsweise in der Physik das Universum anhand von zwei miteinander konkurrierenden Theorien beschrieben – der Allgemeinen Relativitätstheorie und der Quantenmechanik. Beide Theorien widersprechen sich allerdings gegenseitig, so dass wahrscheinlich nur eine der beiden – oder vielleicht gibt es auch eine dritte, vierte usw. Theorie - „richtig“ sein wird[8]. Wenn also nicht einmal die „hard sciences“ eine wahrlich „richtige“ Theorie entwickeln können, wie soll dies den „soft sciences“ gelingen?

Erliegt man dieser Enttäuschung über die nicht vorhandene unendliche Allgemeingültigkeit von Theorien, so gelangt man zwangsläufig zum Nihilismus, also zum Standpunkt, dass nichts existiere. Eine solche Einstellung ist aber unwissenschaftlich, da sie jeglichen, auch nur im Ansatz vorhandenen, potentiellen Fortschritt unmöglich machen würde. Ein Nihilist kann daher kein Wissenschaftler sein, denn letzterer zeichnet sich dadurch aus, dass er von der Hoffnung angetrieben wird, den endgültigen Sinn des Seins, der Sinn des in-der-Welt-sein zu ergründen und zu verstehen.

Wer entscheidet also letztendlich darüber, was die „richtige“ Theorie ist, wenn vor allem die Empirie versagt? Zunächst muss man sich noch einmal vor Augen führen, dass jeder denkende Mensch in der Lage ist, eine Theorie zu entwickeln. Jeder, der dies vorhat, ist gleichzeitig der Überzeugung, dass es sich dabei um eine „richtige“ Theorie handelt. Diese Idee befindet sich allerdings zunächst im privaten, innerlichen, subjektiven Bereich des Wissenschaftlers. Damit seine Theorie an „Richtigkeit“ gewinnen kann, muss er diese in den öffentlichen Raum bringen. Er muss sie öffentlich äußern und formulieren. Wenn sich seine Theorie in der Öffentlichkeit befindet, so befindet sie sich in einem Raum, der allen Menschen zugänglich ist. Üblicherweise bezeichnete man früher diesen öffentlichen Raum als *„res publica litteraria“*[9]. Vorliegend wird dieser Begriff weiterhin verwendet, obwohl man heute ausschließlich die Bezeichnung „scientific community“, also die „wissenschaftliche Gemeinschaft“, „wissenschaftliche Gemeinde“ oder „Wissenschaftsgemeinschaft“ vorfindet. Diese Begriffe zeigen, dass die im Privaten entstandene Idee nach außen hin getragen werden muss, damit sie im öffentlichen Diskurs von allen Mitgliedern der Gesellschaft bzw. allen Mitgliedern der wissenschaftlichen Gemeinde diskutiert werden kann. Innerhalb dieses Diskurses bilden sich grundsätzlich zwei Gruppen. Eine, die die Idee unterstützt und für „richtig“ hält und eine andere, die eine oppositionelle Einstellung hat, die also die Idee für „falsch“ hält.

Da diese Idee oder Theorie nicht letztbegründend nachgewiesen werden kann, erhält sie ihre „Richtigkeit“ oder „Gültigkeit“ dadurch, dass sie von der überwiegenden Zahl der „Gelehrten“, die der „res publica litteraria“ angehören, akzeptiert wird, da sie aus dem

„subjektiven“ in den „intersubjektiven“ Bereich wechselt. Doch welche Struktur hat eine solche „Republik“? Auf die Volkswirtschaftslehre bezogen, besteht sie aus Volkswirten. Meistens handelt es sich um Professoren der Volkswirtschaftslehre, die sich zusammenschließen, beispielsweise in Vereinen wie dem „Verein für Socialpolitik“, in Institutionen wie dem „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ usw. Entwickelt einer von ihnen eine Theorie, die von der Mehrheit der „Republik“ akzeptiert wird, so wird diese Idee von den Anhängern verteidigt, verbreitert, verfeinert und weiterentwickelt. Für das letzte Jahrhundert ist der Streit zwischen **John Maynard Keynes** (1883-1946) und **Friedrich August von Hayek** (1899-1992) bezeichnend. Keynes war ein Gegner des „Laissez-fair-Liberalismus“ und daher ein Befürworter staatlicher Eingriffe in Marktprozesse (staatliche Reglementierung). Hayek, auf der anderen Seite, war ein Vertreter des Neoliberalismus, eines „dritten Weges“[10] i.S.v. **Alexander Rüstow** (1885-1963), der einen vermittelnden Weg zwischen „Laissez-fair“ und Keynesianismus gehen wollte. Zwischen Keynes und Hayek kam es zu einem großen fachlichen Streit, dessen Kerninhalt darin bestand, den anderen von der „Falschheit“ seiner bzw. von der „Richtigkeit“ der eigenen Theorie zu überzeugen. Auch nach dem Tode Keynes‘ kämpften seine Anhänger für die Anerkennung seiner Theorien. Aus solchen Anhängern können sich dabei regelrechte Fanatiker entwickeln. Und wie jeder Fanatismus ist auch der „wissenschaftliche Fanatismus“ gefährlich, da er blind macht, insbesondere dann, wenn man ein Forschungsprogramm, also eine Theorie, entwickelt, die laut **Imre Lakatos** (1922-1974) u.a. einen „harten Kern“[11] , d.h. ein unanfechtbares Axiom des Programms, enthalten soll, der nach außen hin immunisiert ist. Laut Lakatos ist der harte Kern aufgrund der „methodologischen Entscheidung seiner Protagonisten“[12] unwiderlegbar. Eine Abänderung oder völlige Entfernung des harten Kerns bedeutet für Lakatos die Aufgabe des Forschungsprogramms. Diese Einstellung setzt einen gewissen Fanatismus voraus und fördert ihn zugleich. Noch gravierender ist die Behauptung Lakatos‘, dass der Wissenschaftler den harten Kern seines Forschungsprogramms nicht einmal für wahr zu halten hat[13]. Insbesondere **Thomas S. Kuhn** (1922-1996) und **Paul Feyerabend** (1924-1994) haben Lakatos‘ Behauptungen stark kritisiert. Dieser Streit zeigt, dass bereits auf den fundamentalsten Ebenen der Wissenschaftstheorie divergierende Theorien vorherrschen. Die „Gelehrten“ kämpfen untereinander um die „wahre Wahrheit“. Sie veröffentlichen Aufsätze, Monographien, Sammelbände, Festschriften, treten verstärkt in den Medien auf, haben einen „guten Draht“ zu den Politikern usw. Das Prestige oder die Auflagenzahl einer Zeitschrift oder eines Lehrwerkes kann darüber entscheiden, ob sich eine Theorie in der „Republik der Gelehrten“ behauptet oder nicht.

Nicht nur der Kampf um die „wahre Wahrheit“ ist in der „res publica“ entscheidend, viel wichtiger ist die Struktur dieser „Republik“. Betrachtet man sie genauer, so erkannt man, dass es sich dabei um eine Art „aristokratische Republik“ handelt, in der eine privilegierte Minderheit herrscht. In früheren Zeiten wählten innerhalb einer solchen „Regierungsform“ der Adel, das wohlhabende Bürgertum und bestimmte Stände eine Regierung. Ähnlich ergeht es uns heute in der Wissenschaft. Die in der „Republik der Gelehrten“ am Meinungsbild beteiligten Protagonisten sind nahezu durchweg privilegierte Menschen, die mittels ihrer Theorien Einfluss auf das Leben aller nehmen können, und zwar nicht nur auf das Leben der anderen „Gelehrten“, des homo eruditus, sondern auch auf das des „einfachen Volkes“, des homo faber. Hier zeigt sich besonders deutlich, welche überaus wichtige Verantwortung der Wissenschaftler, und insbesondere in unserer Zeit, der Ökonom hat. Seine wissenschaftlichen Theorien wirken sich also nicht nur auf eine kleine Gemeinschaft, sondern auf die Gesamtgesellschaft aus, vor allem aber auf diejenigen Wirtschaftssubjekte, die nicht am wissenschaftlichen Prozess beteiligt werden. Hierbei wird nochmals deutlich, dass die Öko-

nomik philosophisch ist. Der Wissenschaftler muss nicht nur die Folgen seiner Theorie innerhalb des dogmatischen Gerüstbaus im Auge haben, sondern muss auch anhand von Gerechtigkeits- und Moralabwägungen entscheiden, ob er diese oder jene Theorie vertreten kann oder nicht. Zudem kommt den anderen Mitgliedern der „Republik", aber auch der allgemeinen Öffentlichkeit, die Aufgabe zu, die einzelnen Theorien und die darin enthaltenen persönlichen Überzeugungen des Wissenschaftlers zu hinterfragen, ganz nach dem Leitspruch der Aufklärung: „sapere aude"[14]. Der „privilegierte" Wissenschaftler, oder auch derjenige Wissenschaftler, der in seinem „Elfenbeinturm" wohnt, muss sich der faktisch-realen Welt bewusst sein, insbesondere dann, wenn er über diese zu urteilen hat. So kann die politische Einstellung eines Wissenschaftlers zu einer Theorie führen, die nicht durch empirische oder logische Argumente, sondern allein aufgrund ideologischer Ansichten befeuert wird. Dies kann besonders deutlich in den USA beobachtet werden[15]. Wird die Regierung von einem demokratischen oder republikanischen Präsidenten gestellt, so sind seine Wirtschaftsberater, sein Wirtschaftsminister, zumeist auch demokratisch oder republikanisch. Je nachdem, welche Partei[16] an der Macht ist, wird deren Wirtschaftspolitik liberaler (**Milton Friedman**, 1912-2006) oder konservativer (**Alan Greenspan**, 1926-) sein.

Viele mikro- und makroökonomische Theorien mögen durch ihre Mathematisierung den Eindruck erwecken, dass sie wertneutral seien. Allerdings darf man nie vergessen, dass am Ende eines jeden Gleichheitszeichen Menschen stehen, über deren Leben man schlussendlich bestimmt. Theorien aus der Arbeitsökonomik können sich beispielsweise direkt auf die Lohnbildung der Arbeitnehmer auswirken, wenn diese politisch umgesetzt werden, so dass dadurch der einzelne mehr oder weniger Einkommen erhält. Höchst aktuell ist die Debatte um den Mindestlohn in der Bundesrepublik. Soll es 2015 einen Mindestlohn von 8,50 € geben oder nicht? In dieser Frage stehen sich zwei Seiten gegenüber: Die eine Seite (SPD und CDU/CSU) möchten einen branchenabhängigen, die andere (die Gewerkschaften) einen flächendeckenden Mindestlohn durchsetzen. Wer hat nun Recht?

Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass innerhalb der „Republik der Gelehrten" Uneinigkeit herrscht. Man kann aber auch keine richtige Debatte um den Mindestlohn in der „Republik" konstatieren. Zumindest herrscht kein solch medialer Kampf, wie er im Rahmen der „Griechenland-Finanzierung" ausgetragen wurde. So findet also der „Hauptkampf" nicht im öffentlichen Raum der „Republik", sondern im öffentlichen Raum der Politik statt. Ein Grund hierfür könnten die wissenschaftlichen Theorien zum Mindestlohn sein, die nicht eindeutig genug sind, um die Politik von der einen oder anderen Ansicht zu überzeugen. Zweitens könnte es auch daran liegen, dass der Unterschied zwischen den Theorien nur marginal ist, so dass die Entscheidung für die eine oder andere Seite nur Nuancen enthält, die rein und ausschließlich der politischen Sphäre vorbehalten sind, die also nicht auf ökonomischen Argumenten, sondern auf machtpolitischen Überlegungen fußen. Interessengruppen, Lobbisten also, könnten die Politik dahingehend beeinflussen, dass sie einen Mindestlohn deshalb nicht einführt, weil dadurch die Gewinne der Unternehmen gemindert würden oder andere unternehmerische Nachteile einträten. Läge solch eine Situation vor, so muss der Ökonom erst recht aktiv werden. In diesem Fall nimmt der Ökonom eine weitere Position ein, nämlich die des Verteidigers des homo faber. Möglicherweise überwiegen in diesem Bereich die ethischen Bedenken aber dermaßen, dass die ökonomischen Theorien zwar einen Mindestlohn befürworten, dessen faktische Auswirkung könnte sich allerdings so fatal auf die arbeitende Bevölkerung, auf den „animal laborans", auswirken, dass die Politik diese Effekte abmildern will. In diesem Fall vertauschen sich die Rollen: Der Politiker schützt den homo faber gegen den Ökonomen. Hierbei darf der Ökonom aber niemals das Gesamtbild aus den Augen verlieren. So muss man der „Schöpferischen Kraft

der Zerstörung“ (**Joseph Schumpeter**, 1883-1950) als Ökonom treu bleiben, auch wenn sie in der Politik oder Gesellschaft nicht (immer) geschätzt wird. Große Unternehmen, man erinnere sich an die „Holzmann-Rettung“ durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), und auch Banken (BayernLB, Hypo Alpe Adria) müssen „pleite“ gehen und dürfen nicht von der Politik gerettet werden, da dies zu systemwidrigen Markteingriffen führt, die für die gesamte Volkswirtschaft nur Nachteile mit sich ziehen. Beide Beispiele, Holzmann und die Banken, haben deutlich gemacht, dass eine „Rettung“, wenn überhaupt, nur kurzfristig möglich ist. Die „natürliche“ Zerstörung oder Auflösung solcher Unternehmen gehört zu einem dynamischen Wettbewerb dazu.

Dem eingangs angeführten Zitat Albert Einsteins mag man zwar intuitiv zustimmen. Aus den hier präsentierten Gedankengängen wird jedoch ersichtlich, dass die Schwierigkeit gerade nicht in der Einfachheit der theoretischen Evidenz liegt. „Dinge so einfach wie möglich zu machen“, scheitert in der Regel nicht an der faktisch richtigen Theorie des Ökonomen, sondern an der politischen Umsetzung, da sich die Politik nur schwer überzeugen lässt, insbesondere deshalb, weil in vielen Bereichen der Lobbyismus das theoretisch Richtige durch die eigenen Interessen verdrängt. Dadurch kommt es zu einer Ineffizienz innerhalb der Gesellschaft, die der Ökonom verhindern muss, indem er ein Gegengewicht zum Lobbyismus darstellt. Dies erreicht er dadurch, indem er sich mit anderen Ökonomen zusammenschließt. In der „praktischen Ökonomik“, in der Ökonomie also, herrscht daher ein Neben-, Mit- und Gegeneinander der Ökonomik, Philosophie und Politik. Eine „gerechte“, „richtige“ Theorie kann nur dann entstehen und vom „Volk“ akzeptiert werden, wenn sie in einem öffentlichen Diskurs wertneutral, d.h. faktisch ohne Verschönerung oder Verfärbung der Fakten durch Dritte präsentiert wird und wenn die Entscheidungsfindung in legitimierten Institutionen stattfindet, die die Gesamtbevölkerung repräsentieren und von ihr akzeptiert werden. Bei der Entscheidungsfindung kann es nahezu nie zu einer 100%igen Zustimmung aller kommen, entscheidend ist der Kompromiss. Dieser wird aber nur dann von den „Unterlegenen“ akzeptiert, wenn sie dem „Verfahren“ der Entscheidungsfindung vertrauen, wenn sie also das Gefühl haben, dass sie nicht „über den Tisch gezogen werden“. Die Entscheidungsfindung muss also durch das „Verfahren“, einen vorgegebener und einzuhaltender Ablauf, i.S.v. **Niklas Luhmann** (1927-1998) legitimiert (Legitimation durch Verfahren) werden.

Die Meinungsbildung in der Volkswirtschaftslehre ist also ein extrem wichtiger Vorgang, der über das Leben und die Lebensumstände aller entscheiden kann. Hierbei geht es nicht immer um die „richtige“ Theorie, sondern um eine Mischung aus ökonomischen und politischen Abwägungen. Der Ökonom hat nicht nur die Aufgabe ökonomische Theorie zu entwickeln, sondern die auch entweder mit Hilfe der Politik durchsetzen oder sie vor diesen schützen.

Fußnoten

1 Siehe Buzila, Eduard, Beruf Wissenschaftler - wie wissenschaftlich ist die Wissenschaft, Blickpunkt VWL, Ausgabe 2, S. 6 ff.

2 Vgl. Kluge, Friedrich, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 25. Auflage, 2012, Suchbegriff: Arbeit.

3 Smith, Adam, Der Wohlstand der Nation, dtv, 11. Ausgabe 2005, S. 16.

4 Vgl. Smith, Adam, Der Wohlstand der Nation, dtv, 11. Ausgabe 2005, S. 9 ff.

5 Smith, Adam, Der Wohlstand der Nation, dtv, 11. Ausgabe 2005, S. 10.

6 Georg Büchmann, Geflügelte Worte, Haude & Spener, 32. Auflage1972, S. 436: „Denn die Wissenschaft selbst ist Macht“.

7 Vgl. Buzila, Beruf Wissenschaftler - wie wissenschaftlich ist die Wissenschaft, Blickpunkt VWL, Ausgabe 2, S. 6 ff.

8 Vgl. Hawking, Stephen, A Brief History of Time: From the Big Bang to Black Holes, Bantam Press, 1988, S. 12.

9 „Republik der Gelehrten“.

10 Vgl. Rüstow, Alexander, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, Küpper, 1949.

11 Vgl. Lakatos, Imre, „Die Geschichte der Wissenschaft und ihrer rationalen Rekonstruktion“, Lakatos, I./Musgrave, A. (Hrsg.), Kritik und Erkenntnisfortschritt, Vieweg, 1974, S. 271-311.

12 Lakatos, Imre, „Falsifikation und die Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme“, Lakatos, Imre/Musgrave, Alan (Hrsg.), Kritik und Erkenntnisfortschritt, Vieweg, 1974, S.89-190.

13 Lakatos, Imre, „Anomalien oder ‚entscheidende Experimente‘ (eine Erwiderung an Adolf Grünbaum)“, Worrall, John/Currie, Gregory (Hrsg.): Imre Lakatos: Mathematik, empirische Wissenschaft und Erkenntnistheorie, Philosophische Schriften, Band 2, 1982, S. 206-218.

14 Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.

15 Vgl. Krugman, Paul, Too Much Faith In Models, Capital Taxation Edition, http://krugman.blogs.nytimes.com/2014/03/27/too-much-faith-in-models-capital-taxation-edition, aufgerufen am 27.03.2014.

16 Zur Bedeutung von Parteien vgl. Erlei/Leschke/Sauerland, Neue Institutionenökonomik, 2. Auflage, 2007, Schäffer-Poeschel, S. 354 ff.

oikos Bayreuth

Nachhaltigkeit wirtschaftlich erfassen – und umsetzen!

oikos ist die Studierendenorganisation für „Sustainable Economics and Management“. „Wir schaffen Bewusstsein für Chancen und Herausforderungen im Bereich nachhaltigen Wirtschaftens und fördern die Fähigkeit, langfristige ökonomische, ökologische und soziale Trends zu analysieren und nachhaltigkeitsgetriebene Innovationen zu realisieren. Mit diesem Ziel organisieren wir eine Bandbreite an Aktivitäten, wie Vorträge, Exkursionen, Workshops und praxisorientierte Lernprojekte. Durch den Austausch mit oikos-Hochschulgruppen in anderen Städten und regelmäßige, besonders europaweite oikos-Konferenzen wird unser international agierendes Netzwerk gestärkt. Der Arbeitskreis Nachhaltiges Wirt-

schaften steht in enger Zusammenarbeit mit oikos Bayreuth.

Unser Team besteht aus Studierenden verschiedenster Fachrichtungen (z.B. P&E, Geoökologie), wobei Interessenten jederzeit herzlich dazu eingeladen sind, vorbeizuschauen und mitzumachen." Die wöchentlichen Mittwochstreffen finden um 20 Uhr im S 68 des RW-Gebäudes statt und bieten u.a. Raum für Projektbesprechungen, Präsentationen und weitere Veranstaltungen – alle Termine sind online aufgelistet.

Im noch jungen Semester konnte oikos Bayreuth bereits einige Meilensteine in puncto genannter Aktivitäten meistern: Nicht nur Projekte wie „urban gardening" florieren, auch der Erkenntnisgewinn durch Betriebsbesichtigungen bei „oikos on Tour" und Workshops unter der Leitung von Berufspraktikern wächst. Im Folgenden dazu eine Auswahl der aktuellsten Entwicklungen.

Tatkräftig Hand anlegen ist beim städtischen bzw. campusweiten Gärtnern, dem „urban gardening", gefordert: Nach der theoretischen Vorbereitungsphase im WS 2013/14 setzt eine Gruppe Bayreuther oikees nun mit steigenden Temperaturen ihre Ideen für eine landwirtschaftlich bepflanzbare Universität um. Die derzeit in Bau befindlichen Hochbeete fungieren als mobile Anbauflächen und werden bald an einem exponierten Ort auf dem Campus platziert. Professionelle Unterstützung sowie Materialien und Werkzeug werden vom Ökologisch-Botanischen Garten, welcher auch als Arbeitsstätte dient, gestellt. Das Projekt will die Nachhaltigkeit am Campus und Möglichkeiten städtischen Umweltengagements vergegenwärtigen und attraktiv machen.

Ein weiteres Projekt ist ein intern bei oikos Bayreuth seit geraumer Zeit thematisierte und im Winter 2013 schließlich in Angriff genommene Anliegen: Die Ecomap – eine nachhaltige Stadtkarte für Bayreuth. Auf ihr sollen sämtliche Hersteller und Dienstleister von regionalen, nachhaltigen Produkten in Bayreuth und Umgebung verzeichnet werden. So sollen Verbraucher ermuntert werden, lokal und umweltbewusst einzukaufen. Zuerst wird die Ecomap als Print-Version erscheinen, im nächsten Schritt sollen Konsumenten durch eine Webseite und eine Smartphone-App erreicht werden.

Das Gelingen deutschlandweiter und wirtschaftsnaher Vernetzung konnte oikos Bayreuth Ende April feiern: Eine Kooperation mit dem Finanzdienstleister rethink finance. Das Berliner start-up mit einem oikos Maastricht-Alumnus in den eigenen Reihen gab als Premiere einen Workshop zur „Wirkungsweise nachhaltiger Finanzprodukte". Dabei konkretisierten die Teilnehmenden unter Anleitung eines Coaches, mit welchen Ansätzen Finanzmärkte zukunftsfähig gestaltet werden können. Im Mittelpunkt stand die mehrstündige Ausarbeitung eines Konzeptes, mit welchem die Studenten die für Finanzprodukte essenzielle Überzeugungsarbeit strategisch bedachten – diese nimmt bei der Entscheidung für eine nachhaltige Bank eine zentrale Rolle ein. Klar wurde, dass Transparenz und Partizipation bei der Entwicklung einer verständlichen und aktiv von den Privatkunden getragenen Finanz- und Bankbranche unentbehrlich sind.

Einblicke wie diese sind für die Arbeit von oikos elementar – im wirtschaftlichen Umfeld aktiv zu werden und zu erleben, wie man einen nachhaltigen Unterschied machen kann.

Infokasten/Allgemeines:

Weitere Informationen gibt es bei Mittwochstreffen, 20:00 s.t., S 68 (RW I)

http://oikos-international.org/bayreuth/

www.facebook.com/OikosChapterBayreuth

info@oikos-bayreuth.org